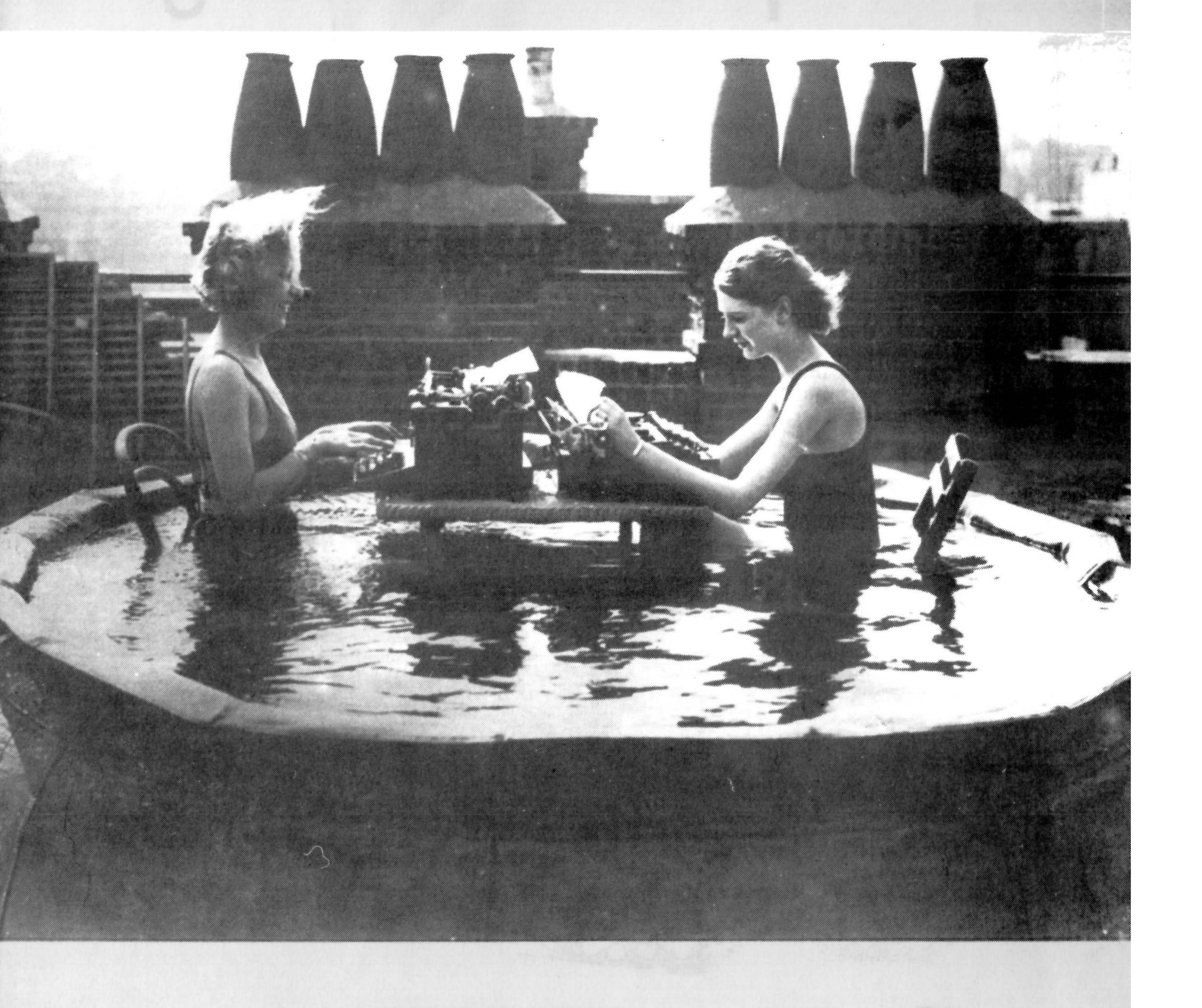
INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM



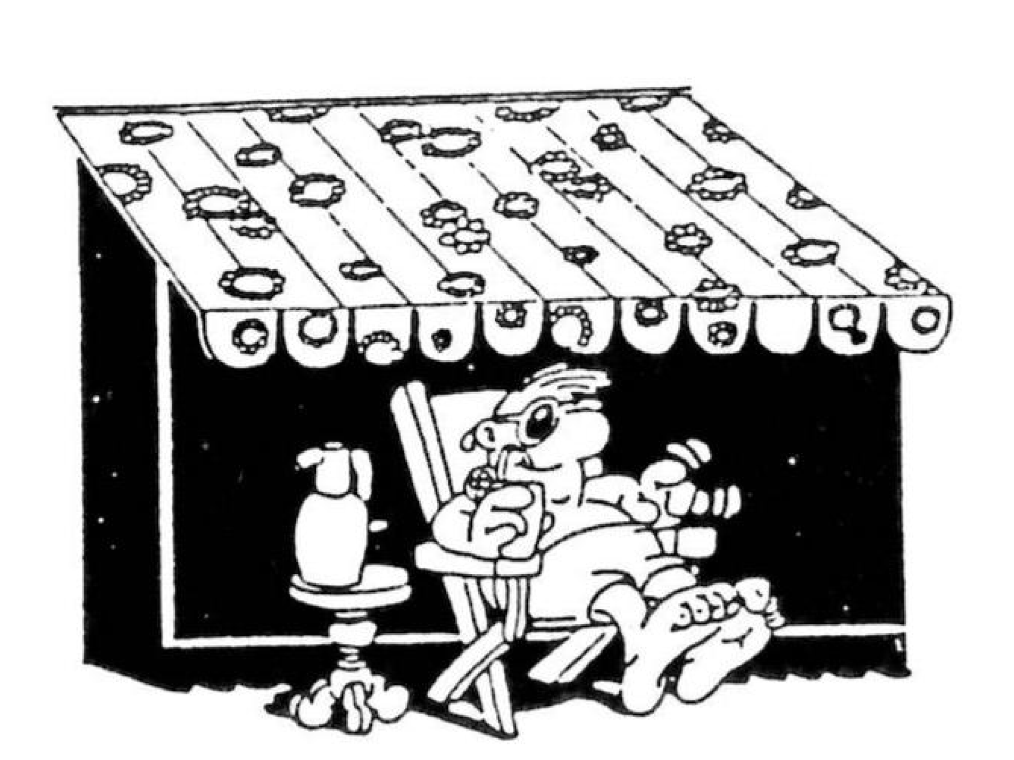
Nr. 401

12. Dezember 1996

Plötzlich ist der Winter da

Da letzte Woche an dieser Stelle schon soviel g esagt worden ist, beschränken wir uns heute auf ein paar Worte über das Wetter:

Kampf dem Nieselregen!



Inhalt:

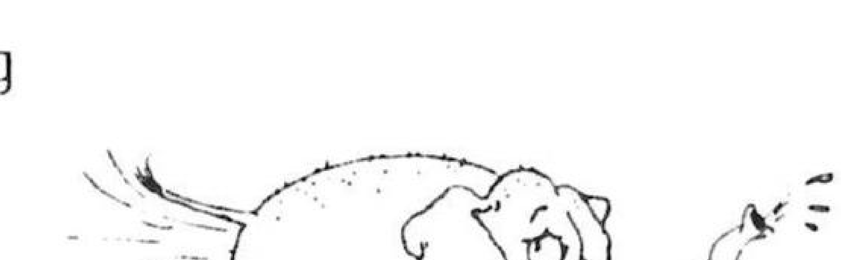
Impressum:

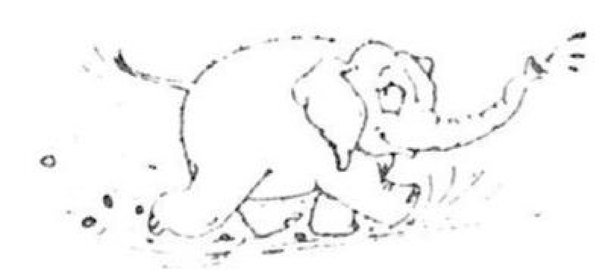
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

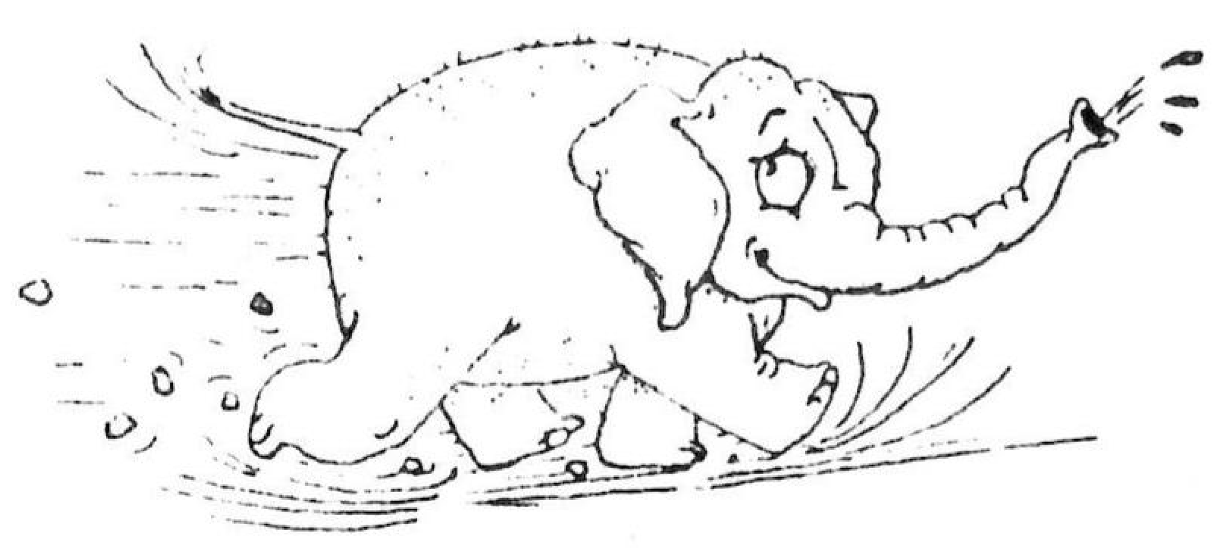
Redaktionsanschrift: ebenda

V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



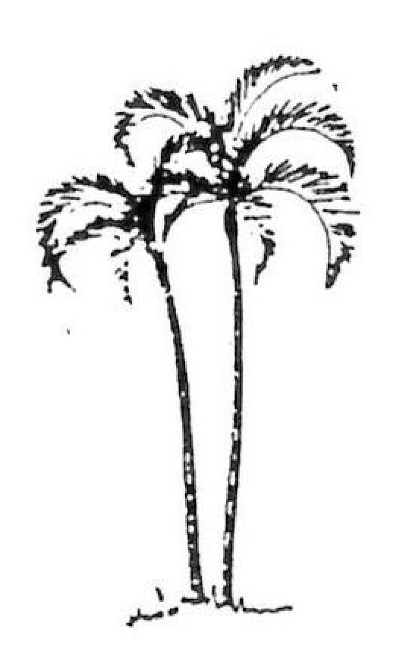




Ordner:

- kriminalisierter Artikel aus Lübeck
- "Die Glücklichen"
- Lederfabrik Rühl/ AJZ Mülheim
- Hetendorfer Tagungswoche
- Gedanken zu Gorleben
- Nachrichtenbulletin "Freie Völker"
- Taz 5.12.96 über Interim
- einige autonome männer gegen H&M
- Informationsstelle Kurdistan
- KDV
- Demoaufruf für das KOMM
- Baobab-Fragebogen











Haushalt 1997 - Wir wehren uns weiter !!

Demonstration zur 1. Lesung des Haushalts 97

Nachdem der Senat bereits im Haushalt 1996 drastische Einschnitte in der sozialen und kulturellen Infrastruktur Berlins vorgenommen hat, plant er für den kommenden Haushalt 1997 eine Fortsetzung seiner katastrophalen Stadtpolitik. Berlin soll zur international konkurrenzfähigen Dienstleistungsmetropole und zur Bundeshauptstadt ausgebaut werden. Gegen die Politik der Umverteilung von unten nach oben sind im letzten Jahr Zehntausende auf die Straße gegangen. Im Bündnis gegen Sozialabbau engagieren sich verschiedene Betroffenengruppen, die gemeinsam Widerstand gegen die Kahlschlagspolitik des Senats leisten. Als Folge dieser Proteste sind in Teilbereichen die Kürzungspläne zurückgestellt worden.
Der Haushalt 97 beinhaltet aber dennoch eine drastische Erhöhung der Neuverschuldung, den Verkauf kommunalen Eigentums und weitere gravierende Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich.
Behinderten werden beispielsweise lebensnotwendige Hilfen verweigert. Der Telebus wurde zusammengestrichen. Die Situation im Schulbereich wird immer untragbarer. Die Zuschüsse zur Lehrmittelfreiheit wurden massiv eingeschränkt. An den Berliner Universitäten belaufen sich die Kürzungen inzwischen auf über 1 Mrd. DM. Gerade noch 65.000 Studienplätze sind damit in Berlin zu finanzieren.
Im Sozialbereich sind gerade Frauen von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen. Insbesondere in Ostberlin wurden zehntausende Frauen in die Arbeitslosigkeit entlassen, während andererseits Frauenprojekte gnadenlos zusammengestrichen werden.
Bei den Schwächsten, Flüchtlingen und MigrantInnen, werden 20% der Mittel für die Unterbringung gekürzt. Es wird in Berlin rigoros abgeschoben. Während einerseits immer weniger Sozialwohnungen gebaut werden, läßt der Senat besetzte Häuser kompromißlos räumen.
Diese Politik der völlig ungezügelten Umverteilung von unten nach oben ist aber nicht nur in Berlin anzutreffen; überall verschärft sich die soziale Lage der Bevölkerungsmehrheit.
In dieser Situation bringt es allerdings nichts, wenn die Betroffenen sich gegeneinander ausspielen lassen und ihren Gürtel immer enger schnallen. Im Gegenteil kommt es darauf an, sich überall gemeinsam gegen diese Schweinereien zur Wehr zu setzen. Die Erfahrungen des letzten Jahres und die Auseinandersetzungen um die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall haben deutlich gemacht, daß Widerstand möglich ist und erfolgreich sein kann. Wir fordern anläßlich der ersten Lesung des Haushalts 1997 am 12.12.1996:

Schluß mit dem Sozialabbau und dem Berliner Sparhaushalt

Soziale Grundsicherung (1.500 plus Miete) für Alle

Keine Diskriminierungen von Behinderten und Pflegebedürftigen

Nulltarif und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs

Bezahlbarer Wohnraum für Alle - Keine Räumung von besetzten Häusern

BÜNDNIS GEGEN SOZIALKÜRZUNGEN UND AUSGRENZUNG

12.12.1996 17.00

Mehringplatz U-Bahn Hallesches Tor

V.i.S.d.P.: Karl Schmidt, Straße der Pariser Kommune 3, 10245 Berlin

Stellungnahme der KOMM- MV Mehrheit vom 26.11.

KOMM BLEIBT KOMM

Hallo ihr da draußen! An alle die nach wie vor ein Interesse an einem KOMM in Selbstverwaltung am Königstor haben. An alle die dem mehrstimmigen Chor unter Leitung des Ludwig Scholz keinen Glauben schenken und sich durch gezielte Meinungsmache der Presse nicht beeinflussen lassen. Wir wenden uns auf diesem Weg an euch, um der demagogischen Inszenierung von CSU-FDP-SPD-GRÜNEN und städtischem Aufsichtspersonal des KOMM den Sound des echten, selbstverwalteten KOMM entgegenzusetzen. Laßt den Rhythmus wirken, nehmt ihn auf, tragt ihn weiter.

Die KOMM-Selbstverwaltung hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 26.11.`96 mit großer Mehrheit beschloßen, die von der städtischen Verwaltung im Auftrag der CSU erstellten Vertragswerke nicht zu unterzeichnen. Abgelehnt wurden die, mit Hilfe von städtischen KOMM Mitarbeitern, erstellte Grundordnung, eine veränderte Fördervereinbarung und ein neuer Mietvertrag. Die Versammlung stimmte auch Veränderungen an der Satzung des KOMM e.V. nicht zu.

In der Nürnberger Presse wurde unser Verhalten als "Trotzreaktion", als "Realitätsfern" etc dargestellt. Umgekehrt wurden die Inhalte des sogenannten Kompromisses und ihre Umsetzung in Vertragswerke verharmlost, ja als Weiterführung der Selbstverwaltung dargestellt. Dem ist nicht so. Außerdem wurde unterstellt, daß die große Mehrheit der KOMM-MitarbeiterInnen für den Kompromiß, nur einige Autonome und ihre herangeholte Verstärkung aus anderen Städten gegen den Kompromiß stimmten. Dies ist eine Lüge und hat mit der Wahrheit aber auch rein gar nichts zu tun. Im Gegenteil, bis auf die eine MV vom 1.10., als hunderte aus Stadtverwaltung, Parteien etc., die uns KOMM-MitarbeiterInnen höchstens als seltene Gäste oder von Wahlplakaten bekannt sind, den sogenannten Kompromiß zustimmten, wurde dieser wie die spätere Umsetzung in Verträge immer mehrheitlich abgelehnt.

Warum? Sind wir wirklich ein so sturer und weltfremder Haufen? Nein, es gibt für uns und alle die an der Selbstverwaltung und den Inhalten, die das KOMM bis jetzt ausgemacht haben, festhalten, gute Gründe, gegen diese neu formulierten Verträge zu stimmen. Es sind die Inhalte, die in der Presse so gut wie nicht erläutert und wenn dann nur beschönigt dargestellt wurden, die wir ablehnen.

Hier nur drei Beispiele:

-Der Mietvertrag. Im § 9 verbirgt sich hinter der lapidaren Formulierung: "*Das letztendliche Hausrecht der Stadt Nürnberg als Eigentümer und Vermieter geht über das Hausrecht des Mieters.*", daß der Stadt Nürnberg, die Möglichkeit offen bleibt, jeder Person oder Gruppe den Zugang zum Haus zu gewähren oder zu verbieten, damit natürlich auch die Möglichkeit unliebsame Veranstaltungen einfach durch Nichtzurverfügungstellung von Räumen zu verhindern. Mit der Stadtratsmehrheit nicht kompatible Diskussionen einfach aufgrund des Mietvertrages im KOMM nicht mehr möglich? Wo bleibt da die gesellschaftskritische Tradition des KOMM, die Möglichkeit unliebsame Diskussionen in dieser Stadt zu führen ja das Prinzip der Selbstverwaltung. Die Ankündigung der CSU, eine Ausstellung wie die zu den "Verbrechen der Wehrmacht", ist in Zukunft in städt. Räumen nicht mehr möglich zeigt wo es lang gehen soll. Um uns jetzt selbst die Schere in den Kopf zu verpflanzen, haben wohl die wenigsten sich im KOMM engagiert und nach dem Wahlsieg der CSU für dessen Erhalt gekämpft.

- Die Grundordnung 2.(3) "*Der Verein verpflichtet sich, bei seinen Aktivitäten die geltenden Gesetze einzuhalten* (das war nie anders) *und insbesondere keine*

-Verstöße gegen das Versammlungsgesetz

-Flugblätter und Drucksachen ohne gültiges Impressum

-Werbung für eine terroristische Vereinigung (übrigens gehts hier nicht nur um die RAF, auch Antifa- und Anti-AKW Gruppen werden mit diesem Gummiparagraphen kriminalisiert, d.V.)

-Verherrlichung von Gewalt

-Handel mit illegalen Drogen zuzulassen. Dazu macht der Verein die Beachtung dieser Regeln zur Voraussetzung bei der Aufnahme neuer Gruppen und Mitglieder." und weiter in 4.4. "*Sanktionen bei Verstößen gegen die Grundordnung 4.4.(1) Verstoßen Vereinsmitglieder, Gruppenmitglieder, oder Externe gegen diese Grundordnung, so werden sie mit Sanktionen belegt.*" Diese steigern sich von der Verwarnung bis zum Ausschluß der Gruppe und 4.4.(5) "*Versäumt es der Verein, Verstöße zu ahnden, so kann die Stadt Sanktionen gegen ihn selbst richten.*" Und weiter in der Fördervereinbarung §3 "*Werden offenkundige Verstöße gegen die Grundordnung der Selbstverwaltung (des KOMM e .V.) vom Verein nicht angemessen sanktioniert, so richten sich Sanktionen des Vertragspartners Stadt Nürnberg gegen den selben. Nach der Verwarnung wird der Abzug der Zuschußmittel an den Verein in Höhe von zunächst 10% des Gesamtzuschusses an den Verein wirksam. Dies geschieht vor einer Vertragskündigung.*"

Statt gemeinsamer demokratischer Prozesse und der Diskussion politischer, sozialer und kultureller Probleme, soll die Selbstverwaltung also zu einem Sanktionsgremium von AktivbürgerInnen verkommen, in der man alle Tugenden eines Blockwarts erlernen kann. Außerdem wird der Eindruck erweckt, daß KOMM sei ein rechtsfreier Raum und erst durch die neuen Verträge würden Recht und Gesetz einziehen. Aber im Gegenteil, gerade das KOMM und seine Gruppen standen unter besonderem Augenmerk der Rechtsorgane und der Öffentlichkeit. Erinnert sei hier an den Aktionstag zu Mumia Abu-Jamal. Ein schwarzer politischer Gefangener dem in der USA die Todesstrafe droht. Neben vielen anderen beteiligte sich auch eine KOMM-Gruppe an einer Straßenblokade. Eigentlich nur eine Ordnungswidrigkeit und als solche auch juristisch verfolgt. Die Beteiligung der KOMM-Gruppe wurde damals schon fast zum Kündigungsgrund hochstilisiert. Oder die Veranstaltung zum Tode von Ulrike Meinhof, die an anderer Stelle ohne Probleme stattfinden konnte, im KOMM aber zur Androhung einer Kündigung führte. Nach den neuen Vertragswerken müßten die KOMMlerInnen sich selbst gegenseitig überwachen, nicht einmal mehr Verstöße gegen geltende Gesetze sollen zur Grundlage genommen werden, sondern nur noch die Annahme dieser durch die Stadtratsmehrheit. Verpflichtung auf Hilfspolizeidienste den eigenen Mitgliedern, Gruppen oder auch nur NutzerInnen gegenüber und bei Nichterfüllung Streichung von Geldern oder gar Kündigung. Wie soll da ein solidarisches Miteinander in der Selbstverwaltung gedeihen, was hätte das noch mit gelebter Basisdemokratie zu tun.

Beispiel drei: Die neue Satzung

In der Mitgliederversammlung sollen nur noch Gruppenmitglieder stimmberechtigt sein und sie soll nur noch alle 2 Monate stattfinden. Der Vorstand wird aufgewertet,

er soll in Zukunft die Geschäfte des Vereins führen und beauftragt damit die Angestellten des Vereins. Bereichsräte sollen geschaffen und damit eine Spaltung der KOMM-MitarbeiterInnen in 4 sogenannte Bereiche, "Politik und Soziales" oder "Gastronomie und Wirtschaft" etc. erreicht werden. Rechte der früheren MV sollen auf diesen Bereichsrat übergehen. Somit ähnelt die Satzung des KOMM e.V. immer mehr der eines x-beliebigen Kanninchenzüchtervereins. Dies alles ist einfach nichts anderes als das Ende der Selbstverwaltung.

Damit nicht zufrieden beschloß die CSU gemeinsam mit den REP's auch noch eine 15% Kürzung des KOMM-Etats '97. Das dies zwangsläufig wieder zur Streichung einer SelbstverwaltungssekretärInnenstelle führt, bereits '96 wurde eine gestrichen, war ihnen klar. Das Verhältnis zwischen städtischen und Selbstverwaltungshauptamtlichen sollte endlich mit 5 zu 4 zugunsten der Stadt verschoben werden.

Daß das KOMM nach Annahme der neuen Verträge unter diesen Bedingungen schließlich nur noch eine "Farce" wäre, war deshalb den meisten KOMMlerINNen klar. Ein langsames, bedeutungsloses Dahinsiechen des KOMM, begleitet vom Ausschluß verschiedenster Gruppen aufgrund der neuen Verträge, wurde von uns vorausgesehen. Trotzdem war für viele von uns die Entscheidung mit "Nein" zu stimmen keine "lustvolle" (Leipold) und keine "Freude am eigenen Untergang". Schließlich arbeiten und engagieren sich die meisten von uns ehrenamtlich seit Jahren, ja Jahrzehnten, in diesem Haus und wußten, daß ein "Nein" die Kündigung zur Folge hat.

Trotzdem, sein Todesurteil auf Raten selbst zu unterschreiben, ist mit uns nicht zu machen. Einen Einstieg in den Austieg, dem die Abwicklung folgt, wie von C. Gsell für die gesamte Soziokultur angekündigt, wird es beim KOMM nicht geben. Und mit der Kündigung ist für uns der Kampf ums KOMM noch nicht gelaufen. **Deshalb rufen auch wir zur Demo am 14.12. unter dem Motto "Opposition machen wir" auf. Wir wollen auf dieser Demo lautstark der Forderung nach Weiterführung des KOMM in Selbstverwaltung am Königstor Nachdruck verschaffen. Kommt deshalb alle. Auftakt 11.00 Uhr KOMM.**

Zur Demonstration kann folgendes gesagt werden: Wir wollen eine starke geschloßene Demonstration. Da Übergriffe und Provokationen durch die in Bayern als Schlägerbande bekannte >Sondereinheit USK< nicht ausgeschloßen sind, werden wir die Demo in festen Ketten durchführen. Die Route: Loß geht es am KOMM, über den Nürnberger Ring, vorbei am Arbeitsamt, in die Innenstadt, am Polizeipräsidium und dem örtlichen CSU BÜro vorbei und zurück zum KOMM. (siehe Stadtplan) Zwischenkundgebungen sind an erwähnten Objekten geplant. Die Demonstration sowie die Veranstaltung und das Fest sind angemeldet und für uns ist klar, daß wir die Durchführung auch im Falle eines Verbot durchsetzen werden. Zurechnen ist mit einem solchen vorerst nicht.

Damit die Kündigung kein Einstieg in den Ausstieg wird, kommt zur Demo, mobilisiert in euren Städten. Der 14.12. ist erst der Beginn...

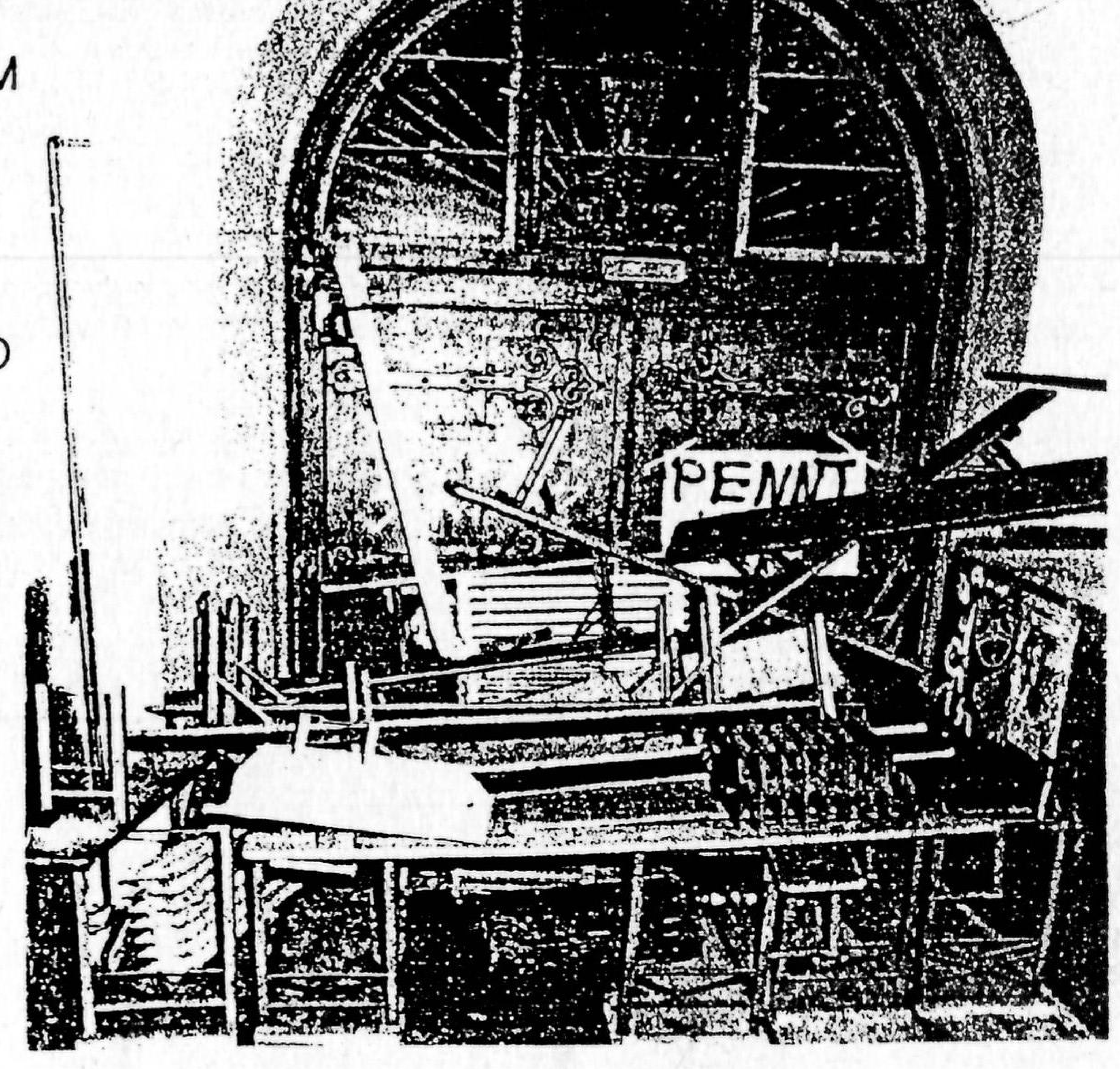
OPPOSITION MACHEN WIR!

Schlagt zurück gegen Rechts und Sozialraub
Vom Widerstand zur gesellschaftlichen Perspektive
KOMM bleibt KOMM
Hoch die Internationale Solidarität!

Sa. 14.12. Demonstration, Auftakt 11.00 Uhr KOMM

ab 14.00 Veranstaltung im KOMM
zu sozialem & kulturellem Kahlschlag, Rechtsentwicklung...
ab 20.00 Uhr Fest im KOMM
SAPRIZE (HipHop, HB)
TRISTAN AND THE ROSEWOOD
AMEN 81 u.a....

aktuelle Infos immer Freitags von 20-22 Uhr im KOMM-Kampagnenbüro
Königsstr. 93
90402 Nürnberg
Tel.: 0911-223647
Fax: 0911-2313469



L'Europe des luttes

RÄUMUNGEN VON BESETZTEN HÄUSERN UND SOZIALEN ZENTREN AUF EUROPÄISCHE ART...

Überall in Europa nimmt die Räumung von besetzten Häusern und Sozialen Zentren in den Städten erschreckende Dimensionen an. In den letzten 2 Monaten wurden u.a. geräumt: Die Häuser in der Kreutziger Strasse (Nr.21 komplett, 12 und 13 teilweise) in Berlin, 2 Soziale Zentren in Barcelona, das Soziale Zentrum "*David Castilla*" in Madrid und ein weiteres in Girona, und das besetzte Guiness-Gelände in London. Alle diese Räumungen sind auf heftigen Widerstand von HausbesetzerInnen und AnwohnerInnen gestoßen. Die Kommunen der europäischen Städte wollen offensichtlich aufräumen, die Stadt soll gesäubert werden, und alle unerwünschten, die sich in den Plänen des Spekulantentums und des Kommerz zur Umstrukturierung unserer Städte nicht wiederfinden, sollen vertrieben werden.

Insgesamt 48 Festnahmen und 15 Verletzte sind die Bilanz eines Polizeieinsatzes vom 28.Oktober in der katalanischen Metropole Barcelona, die vielleicht einigen noch im Zusammenhang mit der EXPO '92 ein Begriff ist. Das bereits seit dem 10.März besetzte und an der verkehrsreichsten Straße des Zentrums liegende, zum Sozialen Zentrum umfunktionierte, alte Kino "*Cine Princessa*" wurde an diesem Tag von der Polizei unter Einsatz von Gummigeschossen, Tränengas und Hubschraubern gestürmt. Brennende Barrikaden und Steinwürfe waren die Antwort auf eine Politik der Zerstörung und einen brutalen, absolut überzogenen Einsatz der "Ordnungsmacht". Offiziell ist, soweit wir es in Erfahrung bringen konnten, von 4 Festgenommenen die Rede.

ABER DAMIT NICHT GENUG: "*La Hamsa*", eine ehemalige Fabrik im Stadtteil "Hostafranc", ebenfalls Soziales Zentrum, bestand seit dem 1.März und wurde am 16.September geräumt. Des weiteren wurden im Stadtteil "Gracia" mehrere Wohnungen geräumt, über die Hintergründe war in den einschlägigen Blättern leider nichts zu erfahren.
Und last but not least wurde am 27.September eine alte besetzte Fabrik im Stadtteil "Terrassa" geräumt, die morgens erst besetzt worden war. Am Abend fand eine Neubesetzung statt, in deren Anschluß die Polizei, dein und mein Freund und Helfer, das Gebäude 2 Tage umstellte. Die erneute, für den 4.Oktober geplante Räumung wurde durch die Intervention eines Stadtverordneten der PSOE (Partido Socialista Obrero Espanol, sozialdemokratische und ehemalige Regierungspartei Spaniens) verhindert, auch mit dem Verweis auf die brutale Vorgehensweise der Polizei, während der ersten Räumung. Trotzdem ließ der zuständige Richter verlautbaren, daß er diese Räumung mit allen Mitteln zu einem Ende bringen würde und drohte dem PSOE-Abgeordneten mit Repressalien. Noch am 4.Oktober wurde Berufung gegen den Räumungsbeschluß eingelegt. Dabei wurde sich auf Artikel 245 des neuen spanischen Strafgesetztes (**"Codigo Penal"**), bzw. auf dessen Unrechtmäßigkeit berufen. In diesem Artikel wird der Tatbestand der "illegalen Besetzung" **("ocupacion ilegal")** definiert. An diesem 4.Oktober kam es in Barcelona zu einer Demonstration von rund 300 UnterstützerInnen, am 5.10. gab es verschiedene Solidaritätsbekundungen.
Trotzdem stürmten am 7.10. Unmengen von Polizisten durch Fenster und Dach das Haus. Die Betroffenen mußten sich in einer Reihe hinsetzen, ihre Daten wurden aufgenommen. Anschließend wurden sie von dem Gelände auf etwa 200 Meter Abstand weggejagt, bis auf die 10 Leute, die keine Ausweise dabei hatten. Die Räumung ging dann sehr schnell... Es folgte eine Spontandemo beim Gericht, wobei die Leute sich zum Schluß vor dem Gerichtsgebäude hinsetzten. Sie wurden dann auch von dort superbrutal von diesen Polizistenbastarden abgeräumt. Die Folge: 29 Verletzte, 3 brauchten medizinische Hilfe.
Auch aus dem Rathaus kamen anschließend kritische Stimmen bzgl. des Verhaltens der Polizei, z.B. von einer Gerichtsangestellten. Außerdem wurde gegen das Verhalten von Beamten Anzeige erstattet. Von der katalanischen Presse wurde das Verhalten der Polizei nach unserem Wissen weitgehend gedeckt.
Auch das besetzte Soziale Zentrum "*David Castilla*" in Madrid wurde im Septenmber auf brutale Art und Weise geräumt, wie auch das "*Ateneu de Banyoles*" in Girona in Katalonien.

In England mußte die Initiative "*the land is ours*" (eine Art "Landrechtekampagne") einen heftigen Rückschlag hinnehmen. Das seit 6 Jahren leerstehende und dem multinationalen Guinness-Konzern gehörende Fabrikareal in Wandsworth/London (wir berichteten in Zeck Nr.50), das seit April diesen Jahres besetzt war, wurde am 15.Oktober geräumt.

In Thessaloniki/Griechenland droht dem dortigen Sozialen Zentrum, der "*Villa Varvara*", die Räumung. Diese Maßnahme ist Teil der Strukturveränderungen, die Thessaloniki den Titel "Kulturhauptstadt Europas 1997" einbringen sollen. Die „*Villa Varvara*" ist ein Gebäude in der Altstadt Thessalonikis, das seit fast drei Jahren besetzt, und zu einer wichtigen Einrichtung der anarchistisch-antiautoritären Szene geworden ist. Geplant ist, das Gebäude in ein "Kulturzentrum" (man höre und staune!) umzubauen. Leider wurde bislang vergeblich versucht den verantwortlichen Behörden zu vermitteln, daß die Villa bereits ein soziales, und damit ja wohl auch kulturelles Zentrum ist. Oder ist das etwa Definitionssache??????????? In diesem Sinne "KEIN BOCK AUF BESCHISSENE KOMMERZKULTUR IN GRIECHENLAND UND ANDERSWO!!!!!!!!!! FIGHT THE POWER!!!!!!!!! Kontakt: "*Villa Varvara*", P.O. BOX 50868, 54014 Thessaloniki, Griechenland



Es ist mittlerweile hinreichend bekannt, daß Christoph Seidler nie in der RAF gekämpft hat. Weiterhin wird der ehemalige Verfassungsschutz-Spitzel Siegfried Nonne als Zeuge des Staatsschutzes geführt. Alle Welt weiß, daß der gesamte Komplex Nonne eine Erfindung deutscher Geheimdienste ist. Er selbst berichtete vor Jahren in einer Fernsehsendung, daß er vom VS unter Druck gesetzt wurde, die Aussagen als die seinigen zu bestätigen. Der Bruder des Siegfried Nonne, Hugo Föller, lebte genau in der Zeit, in der C. Seidler und andere dort gelebt hätten, in derselben Bad Homburger Wohnung. Er hat damals dem BKA gegenüber ausgesagt, daß außer ihm und Nonne dort niemand weiteres lebte - auch keine angeblichen Militanten der RAF. Mysteriöserweise verstarb der Bruder völlig unerwartet, kurz nachdem er seine Aussagen beim BKA gemacht hatte. Trotz seiner Aussage wurde er von staatlicher Seite praktisch nicht mehr erwähnt. Der Verdacht liegt auf der Hand, daß deutsche Staatsschutzbehörden etwas mit dem Tod des Bruders von Nonne zu tun haben.

Die Geheimdienstoperation bzw. das Rückkehrerprogramm, in dem Christoph Seidler jetzt zurückgekommen ist, läuft schon seit einigen Jahren. Thomas Simon wurde vom BKA spätestens im Juli ´90 vom Fahndungsplakat gestrichen. Seitdem läuft das Programm auf jeden Fall. Das BKA wollte C. Seidler ursprünglich ab Juli 1991 vom nächsten Fahndungsplakat nehmen(SZ, 25.11.96). Spätestens da hat der VS aller Wahrscheinlichkeit nach bereits gewußt, daß Christoph Seidler nie bei der RAF gewesen ist. Danach erst hat der VS seine Nonne-Erfindung der Öffentlichkeit präsentiert, bewußt und in dem Wissen, daß C. Seidler weder ein Militanter der RAF gewesen ist noch etwas mit dem Kommando Wolfgang Beer zu tun hatte.
Fest steht also, daß der Staatsschutz Beweise erfunden und konstruiert hat und auf dieser Grundlage jemand über Jahre hinweg verfolgt wurde. Wäre Christoph Seidler bei uns gewesen, wäre er im Falle seiner Verhaftung wegen dieser vom Staatsschutz erfundenen Zeugenaussage im gegen uns üblichen Ausmaße verurteilt oder erschossen worden.
Wie leider nicht anders zu erwarten, kursieren mancherorts Gerüchte, daß wir etwas mit der Rückkehr des Christoph Seidler und dem in diesem Zusammenhang stehenden VS-Programm zu tun hätten. Dem ist nicht so. Wir haben nichts mit irgendwelchen "Aussteigerprogrammen" zu tun.
Aussteigerprogramm und Kronzeugenregelung sind zwei Seiten einer Medaille. Illegale oder Gefangene sollen dazu gebracht werden, sich zum Werkzeug des Staatsschutzes zu machen und so nicht nur ihre GenossInnen, sondern auch ihre eigene Geschichte zu verraten. In diesem Sinn zielt das Aussteigerprogramm auf "die prinzipielle Denunziation linker militanter Politik". Die Ehemaligen, die in den 80ern in der DDR im Exil lebten, haben zum größten Teil ein trauriges Beispiel dafür gegeben, was dieses Programm ist. Gebrochene frühere Linke hingen der Bundesanwaltschaft an den Lippen und diktierten ihnen, was diese hören wollten. So kamen die erneuten Verurteilungen von Sieglinde Hoffmann, Christian Klar, Rolf-Clemens Wagner und Heidi Schulz zustande.
Bei Christoph Seidler liegen die Dinge natürlich anders als bei den früheren RAF-Militanten, die später in der DDR lebten. Wir wissen natürlich nicht, was er alles ausgesagt hat. Aus der RAF konnte er nicht aussteigen, weil er dort nie war. Das "Programm", auf das er sich eingelassen hat, ist infolgedessen auch ein ganz anderes - im Konkreten jedenfalls. Wir sehen auch, daß er sich in einer schwierigen Situation befunden hat, in der er sich auf das Prozedere der Gegenseite einläßt oder hätte bleiben müssen, wo er war; obwohl er mit dem, weswegen er gesucht wurde, nichts zu tun hat, und auch sonst zur Zeit offensichtlich nur wenig Bezug zum revolutionären Kampf hat. Einfach "in Ordnung" ist das trotzdem nicht. Immerhin hat er auf jeden Fall Informationen über sein Exil preisgegeben und deutsche Geheimdienste dort hingeschickt, wo er solidarisch aufgenommen wurde und viele Jahre Schutz erhalten hat. Vom Standpunkt der radikalen Linken gibt es unseres Erachtens momentan keine gute Lösung für solch eine problematische Situation. Wir haben keine Antwort auf die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben. Es gibt in den derzeitigen Verhältnissen nur einen wirklich korrekten Weg: Die Linke müßte sich ihre illegal und oftmals im Exil lebenden GenossInnen, die aus den letzten 25 Jahren Kampfgeschichte der Linken kommen, zurückkämpfen - sofern diese das wollen. Angesichts des Epochenbruchs auch für die Geschichte der Linken wäre heute dafür der richtige Zeitpunkt. Das aber läßt das gegenwärtige Kräfteverhältnis nicht zu. Wenn wir sagen, wir haben deswegen keine Antwort auf die Frage, wie damit umzugehen ist, heißt das trotzdem :

Aussagen über illegale Srukturen und geheime Orte des Exils sind und bleiben absolut abzulehnen.
Die Blüten, die das Einlassen auf VS-programme treibt, sind richtig sichtbar geworden, in dem eine Genossin, die früher selbst in der RAF gekämpft hat, über Christoph Seidler und weitere GenossInnen Aussagen gemacht hat (taz, 4.11.96). Konkret ist es zwar richtig, daß es verschiedene "Fälle" der Linken gegeben hat, die aus verschiedensten Gründen in die Illegalität mußten (nicht unbedingt wegen dem Vorwurf in der RAF organisiert zu sein. Das ist kein Kriterium für uns, ob wir jemandem helfen oder nicht.). Manche konnten sich nicht vorstellen, sich illegal in der BRD zu organisieren. Solchen haben wir immer geholfen, wenn es erwünscht war, und wir das konnten. Allerdings ist das nichts, worüber es etwas mit dem Staatsschutz zu besprechen gäbe. Die Aussagen von Eva Haule, die sie im Zusammenhang des Aussteigerprogramms gegenüber den Bullen gemacht hat, sind ein absoluter Hammer. Zum Teil entlasten sie noch nicht mal Chritoph Seidler, sondern haben mit dessen Rückkehr nichts zu tun. Kriterien und Bewußtsein sind verloren gegangen. Es fehlt an Distanz zu solchen "Programmen". Was nicht heißt, daß diese nicht wieder zurückerobert werden könnten. Wir wollen die Probleme aber nicht individualisieren und auf niemandem rumhacken. Es ist nicht nur ein Problem im Zerfallsprozeß unseres gesamten ehemaligen politischen Zusammenhangs, sondern eines der Linken. Es ist sicher kein Zufall, daß ausgerechnet in den letzten Jahren verschiedentlich offen wurde, daß erhaltenswerte Grundsätze bezüglich des Verhältnisses zu Aussagen und unnötigem Gerede flöten gegangen sind. Für viele ist nicht nur eine Epoche zu Ende, sondern manch eine/r findet sich auch ganz persönlich nicht mehr wieder im radikalen Kampf gegen das System und/oder in illegalen Strukturen der Linken. Es sollte aber niemand vergessen, daß mit der eigenen Entscheidung andere nicht zum Objekt gemacht werden können. Die Entscheidung von Einzelnen führt weder dazu, daß der revolutionäre Kampf gleich ganz abgeblasen wird - noch dazu, daß in der zukünftigen Linken nicht wieder illegale Kampfstrukturen gebraucht werden.
Es bleibt für alle Zeiten dabei - Zerfallsprozesse hin oder her: Keine Aussagen über bestehende illegale (oder legale) Strukturen! Keine Aussagen über geheime Exil-Orte und Strukturen! Es wird immer wieder GenossInnen geben, die davon Gebrauch machen und darauf angewiesen sind, daß die Bullen nicht alles darüber wissen, wie linke Strukturen so etwas organisieren könnten. Keine (scheinbar heute harmlosen) Infos über die Illegalität und wie diese zu organisieren möglich ist! Weder in der Form von Aussagen noch von entpolitisiertem Gelaber in Medien, "Annekdoten aus früheren Zeiten" in Büchern oder am Tresen, oder egal in welcher Form der Selbstdarstellung!

Zurück zum Staat: Die ganze Geschichte rückt verschiedene Dinge ans Licht.
Verfolgungen und eventuelle Verurteilungen von Illegalen und Legalen, ohne daß der Staatsschutz irgend etwas in der Hand hat, sind absolut üblich - wie eben auch gegen Christoph Seidler. Sie gaben vor, alles über ihn zu wissen - außer wo er sich aufhält. Die Wirklichkeit hatte mit den Staatsschutzbehauptungen nichts zu tun. Sie konstruieren eine künstliche Wirklichkeit in der bewußten Täuschung der Öffentlichkeit.
Sie wissen nicht viel über uns. Sie haben noch nie wirklich durchgeblickt, wie unsere Strukturen aussehen oder wer in der RAF organisiert ist. Wenn der Staatsschutz das Gegenteil behauptet, kann getrost davon ausgegangen werden, daß er täuscht. Das mindestens ist ja wohl ausreichend bewiesen mit dieser Geschichte. BKA-Fahndungsplakate sind keine "Mitgliedslisten" der RAF. Selbst die Tatsache, daß der VS-Spitzel Steinmetz sich mit welchen von uns treffen konnte hat sie nicht dazu befähigt, uns zu zerschlagen.

Wir wollen an dieser Stelle auch etwas zu den Staatsschutz-Märchen im Zusammenhang der Aktion des Kommandos Katharina Hammerschmidt in Weiterstadt sagen. Sie behaupten, Steinmetz sei daran beteiligt gewesen. Natürlich wissen sie genauso wie wir, daß es sich auch hierbei um eine Erfindung staatlicher Organe der BRD handelt. Der Haftbefehl gegen einen ihrer Zuträger ist absolut lächerlich. Und natürlich gibt es keine Behörde der BRD, die ihn ernstlich kriminalisieren will.
Wir denken, daß es für diese Lüge zwei Gründe gibt. 1) Die Aktion wurde von außergewöhnlich vielen Leuten gut gefunden. Auch über die Linke hinaus wurde dieser militanten Aktion mit

Sympathie begegnet. Sie wurde von vielen als sinnvoll erachtet, was heutzutage keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Deswegen möchten die Geheimdienste genau diese Aktion denunzieren. Wer würde es nicht als Dreck empfinden, wenn so eine Aktion, die als Ablehnung herrschender Gewaltverhältnisse und bewußte Auflehnung gegen die herrschende Ordnung daherkam, in Wirklichkeit eine Geheimdienstoperation gewesen wäre.
Gerade in der historischen Situation, in der die Linke sich überlegen kann und muß, was sie in Zukunft zu tun gedenkt, soll der bewaffnete Kampf der vergangenen Jahrzehnte als diffuse und nebulöse Inszenierung unter Beihilfe der Geheimdienste denunziert werden. Um das zu schaffen, wurden in der Vergangenheit u.a. Bücher verfaßt oder mindestens deren Verfasser mit Falschinformationen gefüttert ("RAF-Phantom"). Oder eben das Gerede von der steinmetzschen Beteiligung an der Aktion oder den lancierten Schwachsinn, die Bullen von Weiterstadt hätten in dieser Nacht etwas anders gemacht als in anderen Nächten. Das hätten sie gerne in den Köpfen, daß so eine Aktion nur unter ihrer "Duldung" möglich ist, und unmöglich eine Widerstandsaktion sein kann. Schade, daß solche Staatsschutzpropaganda hier und da in der Linken Fuß fassen kann . Auch das bewußt gestreute Gerücht, der VS hätte bereits vorab durch seinen Spitzel über die anstehende Aktion Bescheid gewußt, hat diesen Zweck. Sicher - im Nachhinein gesehen war es ein Gang auf Messers Schneide, in einem Zeitraum eine Aktion zu machen, in dem wir gleichzeitig mit einem Spitzel zu tun hatten. Wir haben damals riesiges Glück gehabt.
Es ist wohl überhaupt keine Frage, daß es für den Staatsschutz in dieser Situation keine bessere Sache hätte geben können, als ein ganzes Kommando von uns mitten in dieser Aktion hochzunehmen. Es hätte eine ganze Reihe von Festnahmen oder Toten gegeben, die Knastsprengung hätte es nicht gegeben und ihr Spitzel hätte vordergründig mit einer solchen Aktion gegen uns nichts zu tun gehabt. Zunächst wäre es für sie wesentlich naheliegender gewesen, auf diese Art Steinmetz im Spitzeldienst gegen uns und andere zu halten. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß sie darauf verzichtet hätten, wenn sie vorab eine Information über die anstehende Aktion gehabt hätten. Dann hätte Weiterstadt für eine Niederlage der RAF gestanden und nicht für eine Möglichkeit des Widerstandes gegen ihr System.
2) Sie erfinden die Beteiligung ihres Spitzels, um uferlose Kriminalisierungen zusammenkonstruieren zu können. Verunsichert sein sollen alle, die irgendwann auch nur in der Nähe von Steinmetz gewesen sind.
Sie behaupten, daß Legale den Sprengstoff in einem Motorradkoffer mit einem Motorrad für uns transportiert hätten. Das ist so unwahr wie unrealistisch. Die Tatsache, daß unser Kommando gut 1 t Sprengstoff in Weiterstadt benutzte - was heute eigentlich uninteressant ist - zeigt aber, wie absurd diese Geschichte ist. Natürlich weiß der Staat, daß die von ihnen angegebene wesentlich geringere Menge Quatsch ist. Aber selbst um diese zu transportieren würde uns was besseres einfallen als "Szene"- Motorräder zu benutzen. Dieser Unsinn, den BAW und BKA behaupten, soll die Verfolgung einer Genossin wegen der angeblichen Beteiligung an Weiterstadt ermöglichen. Soweit also alles normal - könnte man meinen. Das Spezielle an dieser Geschichte ist aber, daß der VS über seinen Spitzel Steinmetz und dessen Beziehung zu Andrea Wolf explizit weiß, daß sie absolut nichts mit der Aktion in Weiterstadt zu tun hat. Hier wiederholt sich von der Struktur her etwas, was schon bei Christoph Seidler zum Tragen kam. Nur daß die Widersprüche, in die sich der Apparat mit seinem Zeugen Nonne verfangen hat, an die Öffentlichkeit geraten sind und nun nur schwerlich unter den Teppich zu kehren sind. Es wiederholt sich - wie auch im zuende gegangenen Prozeß gegen Birgit Hogefeld und immer noch in der zusammengeklebten Konstruktion gegen Monika Haas....und nicht nur da...und nicht erst heute.
Der Staat hat heute äußerst wenig Probleme damit, daß er zu immer offeneren Lügen gezwungen ist. Alle wissen, daß unser Genosse Wolfgang Grams - bereits gefangen - von der GSG 9 hingerichtet wurde. Trotzdem gibt es außerhalb der radikalen Linken so gut wie keine "kritische Medienöffentlichkeit", von der es sich sagen ließe, sie hätten ein wenigstens halbwegs ausgeprägtes Interesse an der Wahrheit. Zu Gunsten der staatstragenden Version machen sie sich lieber zum Hampelmann der herrschenden Klasse.

Wir halten die Verwunderung darüber, daß der Staat trotz der Schwäche der Linken weiterhin mit Härte gegen sie vorgeht, für unverständlich. Im Gegenteil tritt er gerade deswegen nochmal

nach. Vor allem in der historischen Situation, in der die Linke sich wandeln wird und eine neue systemoppositionelle Kraft entstehen kann, setzt der Staat umsomehr auf repressive Abschreckung. Niemand soll sich jemals mehr trauen, die Regeln des Systems bewußt und konsequent zu durchbrechen. Niemand soll sich mehr das Recht rausnehmen, gewalttätige Verhältnisse mit revolutionärer Gegengewalt zu beantworten. Und schon gar nicht in organisierter Form. Das wollen die Herrschenden der Linken mit auf den Weg geben. Deswegen soll jede Aktion der RAF abgeurteilt werden, auch wenn die Beweise dafür Phantasieprodukte der staatlichen Seite sind. Deswegen sollen GenossInnen auf Ewigkeiten in den Knast. Dafür ist dem Staatsschutz jede Lüge recht.

Die Militarisierung im Innern ist ihre politische Antwort auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Entwicklung, die abzusehen ist. Die Vervielfachung des Polizeiapparates und die Legalisierung geheimdienstlicher und polizeilicher Maßnahmen gegen immer größere Teile der Gesellschaft, der totale Überwachungsstaat sind Begleitwerkzeuge zum sozialen Kahlschlag, den das kapitalistische System jetzt und für die Zukunft einfordert. Noch nie seit dem Nazi-Faschismus ist das System und sind damit auch die gesellschaftlichen Verhältnisse strukturell so gewalttätig gewesen wie heute. Die personelle und materielle Aufrüstung von Polizei und BGS, der Justiz und der Bau immer neuer Knäste, der Aufbau von immer weiteren Sicherheitsdiensten, die Aufstellung von Bürgerwehren, der gesamte Abschiebeapparat und der ganze Terror gegen Flüchtlinge und Nichtweiße sowie gegen Viele ohne deutschen Paß sind Ausdruck davon. Die potentielle Gewalt, die in dieser Maschine steckt, ist objektiv um ein vielfaches größer als bsw. 1977. Die polizeiliche Aufrüstung wird offen rassistisch begründet. Alle ImmigrantInnen und alle Nichtweißen sind die, die von der gesellschaftlichen und systemischen Entwicklung am härtesten angegriffen werden.
Heute werden flächendeckende Kontrollen, Razzien und Abhörmaßnahmen u.v.m. mit der Abschottung der Metropolen vor Flüchtlingen und mit anderer rassistischer Hetze begründet und in diesem Zusammenhang eingesetzt. Genauso gegen die kurdische Bevölkerung, die mit dem Verbot der PKK zu einem großen Teil unter Versammlungsverbot gestellt worden ist. Sie werden in voller Härte bekämpft. Heute gibt es in der BRD mehr politische Gefangene aus dem kurdischen Befreiungskampf als aus der sonstigen Widerstandsgeschichte in der BRD. Abschiebungen in Folter und Tod sind jederzeit möglich. Kanther, der wohl ohne Übertreibung als einer der größten Schreibtischmörder Europas in der Gegenwart bezeichnet werden kann, wähnt sich im Krieg gegen die "organisierte Kriminalität", die jeden Tag etwas anderes sein kann; alle können das sein. Der Rassismus von Typen wie Kanther macht aber vorzugsweise Rumänen, Vietnamesen, Russen, Chinesen...usw. zu organisierten Kriminellen, vor denen "die Deutschen" zu schützen seien. Was von dem Geschrei über die Notwendigkeit der Bekämpfung der Mafia zu halten ist, wird besonders deutlich angesichts der herzlichen und intensiven Zusammenarbeit des deutschen Staates mit der von der herrschenden Klasse in der Türkei um Außenministerin Tansu Ciller organisierten Drogen,- Geheimdienst- und Militärmafia. Die Zusammenarbeit im schmutzigen Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung und die fortschrittlichen und linken Teile der Bevölkerung der Türkei laufen auf allen Ebenen. Das Rüstungsgeschäft der deutschen Industrie läuft wie geschmiert.

Die Überlegung, der Staatsschutzapparat bräuchte die RAF oder ähnliche Gruppen um seine Existenz zu begründen, nimmt die rassistische Entwicklung nicht ausreichend wahr.
Zudem stellt es unsere gesamte Kampfgeschichte und die aller bewaffnet kämpfenden Gruppen der BRD-Linken auf den Kopf. Dabei wird negiert, daß es immer eine ganz bewußte Entscheidung von jeder/m von uns gewesen ist, sich einer der bewaffnet kämpfenden Organisationen anzuschließen und deren Politik weiterzuentwickeln. Es gibt darin keine Zwangsläufigkeit, die Politik als Reflex auf die Eskalationen des Imperialismus einzuengen. Wo das passierte, waren es selbst zu verantwortende Fehler. Der subjektive Aufbruch ist hier ein entscheidendes Moment unseres Kampfes gewesen. Die Entscheidung ist immer mit Hoffnungen und der Vorstellung verbunden gewesen, im gemeinsamen weltweiten Kampf um Befreiung ein herrschaftsfreies Leben erkämpfen zu können. Unseren Kampf heute zum Objekt des Staates umzudeuten heißt, sich der eigenen Geschichte zu berauben. Daraus können keine Erkenntnisse für die Zukunft gezogen werden.

Auch der Gedanke der Staat verhalte sich wie 1977, weil er immer noch mit voller Härte versucht, jeglichen Widerstand auszumerzen, berücksichtigt nicht die Realität von System und Gesellschaft. Die Militarisierung ihrer Politik nimmt umgekehrt die Entwicklung der kommenden Jahre oder vielleicht Jahrzehnte vorweg. Das sind die Ausgangsbedingungen, die sich der Linken stellen und die wir uns nicht aussuchen können.
Das System braucht nicht die RAF sondern den Polizeistaat - als Umgehensweise mit den Widersprüchen, die das System selbst produziert. Das ist ihre gesellschaftliche Vision. Egal ob Gruppen wie die RAF existieren oder nicht.
Die Auseinandersetzung um die Geschichte der Linken macht für uns nur einen Sinn, wenn sie zur Neubestimmung revolutionärer Politik und Neuformierung einer radikalen Linken beiträgt. Nur von da aus wird es möglich sein, systemüberwindende Visionen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu tragen. Hierzu wird es keine “Signale der Politik” von staatlicher Seite geben. Diese peitscht zu Gunsten der Entwicklung des Kapitals nach außen imperialistische Großmachtpolitik und nach innen eine neue Gesellschaft durch. Das ist ihre Konsequenz aus der Krise des kapitalistischen Systems und der Versuch, daraus als politische und ökonomische Macht gestärkt hervorzugehen. Deshalb das roll back dessen, was innerhalb des Kapitalismus an sozialen Rechten in der Metropole durchgesetzt werden konnte. Armut und Ausgrenzung werden in ganz anderem Ausmaß Bestandteil der gesellschaftlichen Realität in der Metropole sein. Staatlicher und gesellschaftlicher Rassismus gehören zu den am meisten bestimmenden Erscheinungen des Lebens in Deutschland.
Es gibt keine Berührungspunkte zwischen denen, die das verantworten und den Auseinandersetzungen, die auf unserer Seite notwendig sind, um im Prozeß der sozialen Revolution das alles hinwegzufegen.

Rote Armee Fraktion

29.11.1996





für die interim
ihr habt in eurer nummer 387 einen brief von andrea wolf abgedruckt. wir fändens gut, wenn ihr
dazu was kurzes von uns in die interim bringt.
andrea wolf schreibt zum kontakt des vs-spitzels steinmetz zu uns : "..ohne stoffwechsel zwischen
ihr und der legalen linken kann eine guerilla nicht leben, geschweige denn handeln. dass eine derart
wichtige position sozusagen unter einfluß des verfassungschutz stand, macht den verlauf der
politischen entwicklung in den letzten jahren klarer....".
eigentlich erwarten wir von genossInnen, die ÜBER uns und diese geschichte reden schon, daß sie
wahrnehmen, was wir dazu gesagt haben. (ausführlich im märz 94)
über steinmetz hatte der verfassungsschutz keinen einfluß auf politische entscheidungen, die die raf
getroffen hat.
wir fragen uns, warum andrea etwas anderes vermitteln will. zumal sie steinmetz kannte und mit
ihm fast ein jahr lang "politische diskussionen" .."um grundsätzliche veränderung der
machtverhältnisse"geführt hatte. eine solche diskussion mit steinmetz muß wohl eher
vortragscharakter :habt haben. k.s. war nicht einer, der größere impulse in die politische
diskussion bringen konnte. sicher gibt es auch spitzel, die politisch wesentlich besser geschult sind
, aber so einer war steinmetz nicht . das ist doch e i n punkt, an dem wir uns alle,die mit ihm zu tun
hatten, an den kopf greifen müßten : er hat nie was entwickelt, nichts eingebracht und trotzdem lief
alles mit ihm weiter - erst sein jahrelanges dasein in der scene und dann auch der kontakt zu uns.
vielleicht scheint es so, daß die eigene verantwortung , der eigene fehler ein bischen kleiner
wäre, wenn aus steinmetz plötzlich der politik-crack wird ,der an ach so entscheidender stelle die
politik (der guerilla) beeinflußte. auf die art wird es dann unmöglich, die eigene struktur, die es
möglich machte, so lange mit einem bullen zu tun gehabt zu haben , zu verstehen.
zugegeben : es geht uns ziemlich auf die nerven, immer wieder mit "wahrheiten" über uns
konfrontiert zu werden, die mit uns nichts zu tun haben. aber noch wichtiger finden wir nochmal zu
sagen, daß die auseinanderstetzung um diese erfahrung, wie es möglich war, daß steinmetz sich so
lange in der scene halten konnte bis hin zum kontakt mit uns, mit der notwendigen genauigkeit geführt
werden sollte. alle, die mit ihm zu tun hatten sollten wirklich begreifen, wie das so laufen konnte.
ehrlichkeit und ernsthaftigkeit sind hierfür unverzichtbar. dabei den blick in erster linie auf andere
zu richten oder sich in großen verschwörungstheorien weit ab der eigenen verantwortung zu
verlieren, bringt niemanden weiter. der oberflächliche blick auf die eigene verantwortung
verhindert es, den fehler zu begreifen. und das öffnet den nächsten spitzeln schon wieder die türe.
29.11. 96



Repression in Italien-Update

Am 17. 9. 96 fanden Razzien in ungefähr 70 Wohnungen in ganz Italien statt. Der Anlaß dafür waren 29 Haftbefehle, die vom Richter Claudio D'Angelo auf die Initiative der Staatsanwälte Marini und Vigna erlassen wurden. 10 Haftbefehle wurden sofort vollstreckt und die Menschen in das Gefängnis von Rebibbia gebracht. 10 saßen schon im Knast und wurden erneut angeklagt. 9 Menschen waren schon oder sind daraufhin untergetaucht. Die Anklagen reichen von Banküberfällen, Sabotageaktionen an Strommasten, Bildung einer bewaffneten Bande zum Umsturz der Demokratie, bis hin zu Entführung und Mord. Gegen 68 Menschen wird ermittelt wegen Zugehörigkeit dieser sehr unplausiblen und vorher unbekannten Bande, die die Staatsanwälte gleich mit einem Schrecken erregenden Namen tauften, die ORAI, 'Organizzazzione Rivoluzzionaria Anarchica Insurrezzionalista' (Anarchistische Revolutionäre Aufständische Organisation). Die Anklagen stützen sich maßgeblich auf die Aussagen einer 'Pentita', oder reuigen Kronzeugin, die der Staatsanwaltschaft in einem Prozess im Jan. 96 schon etwas Erfolg brachten. Diese großangelegte Aktion soll das Ergebnis 2 Jähriger Ermittlungstätigkeit sein.

Die gerichtlichen Vorbesprechungen, bei denen der erste Prozeßtermin festgelegt wird, wurden auf den 10.12.96 festgelegt.

Einem Bericht der Zeitschrift Cane Nero (4.10.96), einige deren Redakteure auch verhaftet wurden, entnehmen wir eine Liste derjenigen, gegen die am 17.09.96 Haftbefehle erlassen wurden. Folgende Menschen wurden schon (d.H. entweder am 17.09. oder in den folgenden Tagen) verhaftet und in das Gefängnis Rebibbia gebracht: Salvatore Gugliara, Stefano Moreale, Pina Riccobono, Emma Sassosi, Antonio Gizzo, Alfredo Bonanno, Tiziano Andreozzi, Apollonia Cortimiglia, Cristina Lo Forte, Paolo Ruberto, Francesco Berlemmi. 7 Festgenommenen hatten ihre Haftprüfungstermine am 7.10, und Francesco Berlemmi wurde entlassen. Stefano Moreale wurde am 11.10. nach seiner Haftprüfung entlassen. Die anderen Verhafteten wurden dem Haftrichter am 14.10. vorgeführt, aber, soweit wir wissen wurden keine entlassen. Apollonia Cortimiglia scheint aus dem Gefängnis gegen Ende September entlassen worden zu sein, und befindet sich unter Hausarrest in Catania. Alle Gefangenen befinden sich zur Zeit in strenger Isolationshaft, anfangs mit Besuchsverbot. Das letztere wurde Mitte Oktober aufgehoben. Cristina Lo Forte wird in der Gefängnisabteilung für Drogensüchtige wegen Mangel an Isolationszellen gefangen gehalten.

Salvatore Gugliara trat am 17.09 in den Hungerstreik aus Protest gegen die Repression ein. Den Hungerstreik suspendierte er am 29.09, aber nahm ihn am 14.10 aus Protest gegen die Entscheidungen der Haftrichter wieder auf. Zusätzlich weigerte er sich diesmal Wasser und Zucker zu sich zu nehmen. Am 2.11 wurde er aus dem Gefängnis in einem sehr schlechten physischen und psychischen Zustand entlassen, und befindet sich momentan unter Hausarrest. Am 23.10 fing auch Pina Riccobono einen Hungerstreik an, dem sich Tiziano Andreozzi am 28.10 anschließ. Die letzten Meldungen (12.11.96) berichten, daß diese Hungerstreiks immer noch andauern.

Die schon Inhaftierten AnarchistInnen, gegen die Haftbefehle erlassen wurden, sind folgende: Carlo Tesseri, Jean Weir, Christos Statigopoulos, Antonio Budini; Karechin Krikorian, Horst Fantazzini, Orlando Campo, Francesco Porcu, Marco Camenisch.Gegen die folgenden Menschen wurden Haftbefehle erlassen, sie sind aber untergetaucht: Guido Mantelli, Massimo Passamani, Roberta Nano, Eva Tziutzia, Pippo Stasi, Rose Ann Scrocco, Giovanni Barcia, Salvatore Codro, Angela Lo Vecchio.

Das Berufungsverfahren im Prozeß gegen Jean Weir, Antonio Budini, Carlo Tesseri, und Christos Stratigopoulos, die 4 AnarchistInnen, die am 31.01.96 wegen 2 Banküberfällen aufgrund der Aussagen der Kronzeugin Namesetchi verurteilt wurden, fing am 7.11. an. Dieser Prozeß ist besonders wichtig, denn sollten die Aussagen der Kronzeugin verworfen werden, würden dann die Anklagepunkte der Staatsanwaltschaft gegen die anderen Festgenommenen deutlich an Boden verlieren. Am 7.11 meldete sich aber Namesetchi krank. Der Staatsanwalt wollte gerne die Verhandlungen anhand der Akten abschließen, und bot den Angeklagten gleich eine Haftverkürzung an. Diese wurde nicht hingenommen. Nach 8 Stunden wurde auf den 13.12 vertagt. Dieser Termin liegt 3 Tage nach den gerichtlichen Vorbesprechungen am 10.12, wo entschieden werden soll ob genügend Beweise vorliegen, um Prozeße gegen die 29 Beschuldigten des 17.09 zu machen, und die ersten Prozeßtermine festgelegt werden. D.h., daß diese Vorbesprechungen stattfinden, ohne daß die Aussagen der Kronzeugin überhaupt angezweifelt werden. Zur Erinnerung, der Vorwurf der Zugehörigkeit einer bewaffneten Bande stützt sich maßgeblich auf die 70-Seiten umfassenden Aussagen dieser Kronzeugin, die behauptet, an einem Überfall auf zwei Banken zusammen mit sieben anderen, unter ihnen die vier AnarchistInnen, die im Januar verurteilt wurden, teilgenommen zu haben. Laut ihren Aussagen sollte dieser Überfall 'die Organisation' finanzieren. Auf dem weg zurück ins Gefängnis nach dem Anfang des Berufungsverfahrens wurde der Angeklagte Carlo Tesseri von 9 Schließern brutal zusammengeschlagen.

Es gibt ein Spendenkonto für die Verfahren gegen die AnarchistInnen: Rote Hilfe - Kennwort 'Italien' KNR 22016-803 Postbank München. Für weitere Infos ist die Info- und Kontaktadresse in Deutschland: Solidaritätskomitee 'Italien', c/o Infoladen, Breisacherstraße 12, 81677 München. Demnächst erscheint eine Broschüre mit Materialien zur Solidarität mit den Betroffenen, zu erwerben für DM4+ 1.50 Porto bei L'europe des luttes, c/o Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

REPRESSION WELTWEIT ENTGEGENTRETEN!

GEDANKEN ZUM THEMA ZAPATISMUS

Der Zapatismus der eigentlich ablehnt wieder ein "Ismus" zu werden,wird wahrscheinlich gerade von der internationalistischen Linken wieder in so einen "Ismus gezwängt.
In ein ideales,ideologisches Korsett.

Darum ist es wahrscheinlich eher im Interesse der Zapatistas von einem,Ihrem Versuch zu sprechen,die alten,aber immer noch dringenden Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit,Selbstbestimmung,Demokratie,Fireden und Land und Freiheit für alle Lebewesen auf diesem Planeten auf eine neue,andere,eigene Weise zu verwirklichen.

Die zapatistische Idee,Sprache und politische Praxis unterscheidet sich an sehr vielen Punkten von vorangegangen Revolutionskonzepten.Die Zapatistas scheinen aus den Fehlern der "revolutionären Geschichte" gelernt zu haben,mehr auf Dinge zu achten die in der Vergangenheit Ursachen vieler Niederlagen der revolutinären Bewegung und der "sozialistischen Staaten" waren.

Sicherlich sind die Zapatistas nicht frei von den den menschlichen Schwächen die jeden fortschrtlichen,revolutionären Prozess immer wieder auf eine harte Probe stellen,wie Macht+Fraktionskämpfe,Geltungsdrang,Ungeduld,autoritäre Verhaltens+Entscheidungsstrukturen,e.t.c.

Ihre jungen,zivilen,politischen aber auch bewaffneten Versuche einen besseren Weg zu finden,sollten uns aufhorchen lassen.
Wir sollten es mit solidarischem Interesse beobachten und im Ramhmen unserer Möglichkeiten unterstützen.
Weil es uns auch hier in unserem Kampf für eine befreiet Gesellschaft Hoffnung,Kraft u. neue Ideen geben kann.

In der politischen Praxix der Zapatistas kristallisieren sich u.a. folgende Tendenzen und Unterschiede zu traditionellen, linken Revolutionskonzepten heraus.

Der bewaffnete Widerstand der Zapatisten ist keine eigenständige von der sozialen Basis losgelöste Widerstandsform.
Die bewaffneten Einheiten dürfen nicht aktiv werden,ohne die Zustimmung der Basis in den indegenen Gemeinden,der zivilen, politischen,nicht-militärischen Entscheidungsgremien.
Es sollen anscheinend keine selbsternannten bewaffneten Avantgarden ohne Zustimmung der Basis aktiv können.
Das ist Ausdruck des ernsthaften Versuches einer basisdemokratischen Politik auch in der Frage des bewaffneten Widerstandes. die Demokratisierung revolutionärer Gewalt durchzustzen.
Das ist ein verantwortungsbewußter Umgang mit der Bevölkerung, die in der Geschichte immer wieder als Geißel der Herrschenden den größten Teil der Repression ertragen mußte.Denn sie sind meist unbewaffnet,haben Familie und müssen täglich hart für ihren Lebensunterhalt arbeiten.Also alles gute Gründe die Menschen die sich nicht am bewaffneten Widerstand beteiligen wollen oder können,in jede Entscheidung über ihr Leben,ihre Sicherheit miteinzubeziehen.

Die Zapatisten kämpfen nicht für die staatliche,nationale Machtergreifung.Sie wollen nicht mittels der Regierungsmacht, mittel der Mehrheit andere Minderheiten unterdrücken (Diktatur des Proletariats).Sie kämpfen offensichtlich auch nicht für traditionelle linke Ideologien und Staatssysteme wie Marxismus-Leninismuß,Sozialismus oder Kommunismus.
Sie kämpfen füe eine basisdemokratische Gesellschaft in der alle Gruppen,Ideen,Ethnien,Minderheiten,Mehrheietn das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung haben.
Wie sie selber sagen : "Eine Welt in der viele Welten ihren Platz haben können".
In einem offenen,gesellschaftlichen Dialog zwischen allen,anstelle von Machtkämpfen und Unterdrückung.

Die Zapatisten legen den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit auf das Gespräch,durch den Dialog die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen.

Für die Zapatisten ist die Revolution ein täglicher Bewußtwerdungs+Organisierungsprozess der nicht durch militärische Siege ersetzt werden kann.

Die Zapatisten versuchen in den Dörfern und Gemeinden alles mit allen zu diskutieren und zu entscheiden.Dazu werden zu allen geforderten Themen sogenannte Consultas (Befragungen) durchgeführt.Darauf aufbauend hat sich anscheinend eine gute Diskussions u. Entscheidungskultur entwickelt,die eine reale Basisdemokratie erst möglich macht.

Wenn das alles nicht von den Stiefeln der Repression,der Militärs,der Todesschwadrone,des C.I.A. und wie sie sonst noch alle heißen,zertreten werden soll,sollten wir durch unseren Widerstand hier,gegen den gleichen Gegner,für unsere Utopen,für unsere Forderungen kämpfen.
Ihren Vorschlag einer weltweiten Vernetzung und Solidarität aufgreifen und im Rahmen unserer Möglichkeiten hier umsetzen.





Die internationale Presse tummelt sich derzeit wieder im Osten Zaires und in Ruanda. Der aktuelle Anlaß, es gibt wieder Katastrophen zu berichten. Die Objekte der Humanität, die Flüchtlinge sind wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten. Es ist die Doppelmoral, die hier spricht, denn niemand war gewillt die politische Situation, die nach dem Völkermord in Ruanda entstanden ist tatsächlich zur Kenntnis zu nehmen. Jetzt, wo sich die Auswirkungen zeigen, kann freilich eine neue Katastrophe konstatiert werden.

Das Stereotyp der Opfer von Gewalt, die Flüchtlinge, und die imaginären Gewalttätigen, die mit dem Schein des Irrationalen versehenen Gruppen, die sich beschießen, bilden dabei die Wahrnehmungsfolie, nach der die internationalen Medien die Situation beschreiben. Die rassistische Berichterstattung der Medien tänzelt dabei hin und her zwischen dem im Afrika so gern genommenen Muster von „Stammeskonflikten" und der armen schwarzen Opfermasse, dieser doch so irrationalen afrikanischen Machtpolitik.

Das mittels solcherlei Berichterstattung natürlich nichts erklärt werden kann ist klar, doch wer will die „Katastrophen" in Afrika denn überhaupt verstehen, vielmehr geht es doch um die Schreckensbilder, die der Krisenkontinent liefert. Von daher erscheinen die politisch hervorgebrachten Probleme schon als so etwas wie Naturkatastrophen, die von Zeit zur Zeit den Kontinent und seine „dunklen" Bewohner heimsuchen.

Ein Glück ist es deswegen, daß es die weißen Helfer gibt, die in solchen Zeiten alles menschenmögliche tun um den dahinsiechenden ihre Hilfe anzugedeien. Katastrophenhilfe kommt nur leider per Definition schon immer zu spät, denn sie beginnt erst dann, wenn die Katastrophe schon passiert ist.

Ein ansehnlicher Nebeneffekt ist es natürlich, daß sich in solchen Situationen auch das Spendenaufkommen der Menschen aus dem Norden erhöht, und darum auch die humanitären Organisationen ihren Angestellten einen Rentenanspruch sichern können. Der nigerianische Schriftsteller Achebe Chinua bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: „Wohltätigkeit ist das Opium der Privilegierten". Der internationalen Presse kommt dabei der Status eines Dealers zu. Sie liefern das Rauschmittel und reizen mit ihren auf Effekte ausgerichteten Bildern das humanitäre Bewußtsein der Menschen.[1]

Im Fokus der Kamera die Katastrophe, und dahinter die Heerscharen der neuen internationalen Welt/un)ordnungskräfte, militärische, sowie logistische (Hilfsorganisationen), die mit dem schönen Wort „humanitäre Intervention"[2] ihre Menschlichkeit zum Ausdruck bringen. Sprachlich klarer wird das neokoloninale Abhängigkeitsverhältnis allerdings wenn die militärischen Ordnungskräfte in „guter kolonialer Tradition" auch noch (wie jetzt überall zu lesen) Schutztruppe genannt werden. Genauso hießen die deutschen Kolonialsoldaten, welche in Afrika den „zivilisatorischen Auftrag" der europäischen Nation als „Bürde des weißen Mannes" auf sich nahmen. Der Diskurs um die Rekolonisation Afrikas hat längst begonnen, er wird heute wieder offen geführt. Das Hauptargument, wenn sich einzelne afrikanische Länder nicht mehr selbst regieren können, müssen halt die Spezialisten wieder ran, denn ihre Zeit des Regierens (direkt rund 100 Jahre) hat wohl nicht ausgereicht den Afrikanern die Vernunft beizubringen. (vgl. Mutombo in Silsila Heft 5 1995). Fakt ist allerdings, daß die heutigen Probleme Afrikas aus der kolonialen Geschichte und den heutigen Neokolonialen Abhängigkeitsstrukturen entstanden sind und weiterbestehen. In diesen Sinne hat Afrika seine Entkolonialisierung noch vor sich.

Zur Vorgeschichte in Ruanda

In der Berichterstattung wird gern das Muster der „Stammeskonflikte" bemüht und so die „ethnische Karte" gespielt. Es geht dabei um die Trennungen zwischen den Hutus und den Tutsis, die auf schon immer dagewesene Differenzen in der Vorkolonialen Zeit zurückgeführt werden um sie somit in die nebulöse graue Vorzeit zu projizieren. Ethnische Identitäten sind allerdings keine immer gleichen Wesen, sondern sie unterliegen als soziale Konstruktionen dem Wandel der Gesellschaft. Die heutigen ethnischen Differenzierungen sind erst in der Kolonialzeit Ruandas geprägt worden unter dem maßgeblichen Einfluß der ersten Kolonialherren, den Deutschen. Diese waren fasziniert vom ruandischen Herrschaftshof und glaubten sogleich in den Herrschern einen europäischen Ursprung zu entdecken. Die Herrschaftsdifferenzen wurden somit durch eine rassistische Zuschreibung erklärt. So entstand die Hamitentheorie, welche besagt, daß die Tutsis aus einer europiden „Rasse" entstammten und von Norden um das 16 Jahrhundert nach Ruanda eingewandert seien und ein „Königreich" erichtet hätten.[3] Diese Verschiebung von sozialen zu „rassischen" Kategorisierungen übernahemen auch die belgischen Kolonialherren, Ruanda war nach dem ersten Weltkrieg Belgien zugesprochen worden. Die belgischen Kolonialherren führten auch einen ethnischen Ausweis ein, indem alle die mehr als zehn Rinder besaßen als Tutsi eingetragen wurden und die Anderen als Hutu galten. Diese Kategorien lagen allerdings quer zur Realität, so daß viele Familienangehörige die vorher als Tutsis galten nun Hutus waren und umgekehrt. Wer allerdings danach als Tutsi galt hatte Privilegien und war im Kolonialsystem besser gestellt. Der Kolonialismus bedeutete eine Neustrukturierung der Gesellschaft und der sozialen Verhältnisse. Kollektive Identitäten wurden neu geprägt. Es begann der Import des „Tribalismus" „als ein Produkt der Art und Weise, in der die Menschen unter dem Kolonialismus zusammengewürfelt wurden, um ausgebeutet zu werden. es war ein Produkt der kolonialen Verwaltung, des unterschiedlichen Zugangs zur kolonialen Wirtschaft und Kultur durch einzelne ethnische Gruppen". (Walter Rodney „Afrika", 1983 / S. 195)

Als dann in den 50er Jahren die Tutsis den Kolonialherren aufgrund ihrer Dekolonialisierungsbestebungen zu renitent wurden, sie sympatisierten mit der Befreiungsbewegung von Patrice Lumumba im ehemaligen belgisch Kongo, begannen die Belgier die Hutus zu unterstützen. Nach einigen Morden an verschiedenen Parteileuten der unterschiedlichen Parteien kam es dann zu den ersten Pogromen an den Tutsis 1959, denen noch weitere Anfang der 60er Jahre folgen sollten. Die Ereignisse von 1959bis1962 werden von vielen Hutus als soziale Revolution betrachtet und wurden später auch immer als identitätsstiftender Mythos benutzt. Die Reaktion hierauf

war eine große Fluchtbewegung von Tutsis in die verschiedenen Nachbarländer hauptsächlich nach Uganda. Die Parmehutu Partei wurde die führende Kraft im Lande und bekam auch 1962 ihre formale Unabhängikeit. Das koloniale Privilegienverhältnis kehrte sich um, jetzt bekamen die Hutus die Vorrechte in Ruanda. Innere Parteistreitigkeiten und ein Machtgefälle waren die Gründe, daß sich 1972 dann der aus dem Norden stammende General Juvenal Habyarimana an die Macht putschte. Er regierte daraufhin Ruanda von 1972 - 1994. Er führte eine Zwangsmitgliedschaft aller in seiner Partei ein und stellte ein Quotensystem für die Beteiligung der „ethnischen Gruppen" an der Verwaltung mit auf. Was die Wahrnehmung der Einzelnen in ethnischen Kategorien weitertransportierte.

1990 startete dann die RPF (Ruanda patriotic Front) einen Einmarsch nach Ruanda von Uganda aus. Die RPF rekrutierte sich aus der zweiten Generation der Flüchtlinge, die in den frühen 60er Jahren geflohen waren. Die meisten Mitglieder der RPF waren mit der monarchistischen Ideologie ihrer Väter nicht mehr verbunden. Ihre führenden Mitglieder Paul Kagame und Fred Rwigyema hatten zusammen mit Yowerie Museveni in Mosambique, sowie in Uganda gegen Milton Obote gekämpft. Die RPF, die sich 1987 gegründet hatte, stellte immer wieder die Forderung nach Rückkehr, die aber jedesmal von der ruandischen Regierung abgelehnt worden war. Ihr Vormarsch führte sie 1990 bis kurz vor die Tore Kigalis. Wurde aber unter anderem mit Hilfe eines französischen Kontingents Fremdenlegionäre aufgehalten, welches kurzfristig zur Unterstützung des Habayarimana Regimes entsandt wurde. Die Franzosen unterstützten ihre Günstlinge auch in der Folgezeit mit Waffenlieferungen und Krediten.

Der militärische Druck von Seiten der RPF und internationale diplomatische Beziehungen veranlaßten das Habayarimana Regime in der Folgezeit, wenn auch widerwillig, Verhandlungen mit der RPF zu führen.

Die Verhandlungen waren allerdings nur Teil einer Doppelstrategie des Habyarimana Regimes, einerseits nach außen hin „goodwill" zu demonstrieren und nach innen hin die Militarisierung und Spaltung der ruandischen Gesellschaft voranzutreiben. Die Armee wurde von 5000 auf 40000 Soldaten ausgebaut. Hinzu kam noch die Gründung der Interhamwe Milizen, die bei dem Völkermord von 1994 eine herausragende Rolle spielten.

1991 fanden wieder Pogrome an Tutsis statt denen 1300 Menschen zu Opfer vielen und es wurden mehrere Tutsis sowie oppositionelle Hutus verhaftet und als Kollaborateure der RPF angeklagt. Am 10. Dezember 1990 veröffentlichte die Zeitschrift Kangura das rassistische Hutu Manifest, welches 10 Punkte umfaßte, indem alle Hutus aufgefordert worden ihre Kontakte zu Tutsis abzubrechen und diese als ihre Feinde zu betrachten.



Der Genozid

In der Zeit von 1990 bis 1994 wurde der Genozid geplant und die nötigen Voraussetzungen dafür geschaffen ihn auch durchzuführen. Koordiniert wurde dies vom „Network Zero" dem mehrere Mitglieder des Akazu[4] angehörten. Aus diesen Reihen kam wohl auch der Befehl zum Abschuß von Habayarimanas Flugzeug am 6. April 1994. Vermutlich wurde das Präsidentenflugzeug - ein Geschenk der französischen Regierung - mit einer französischen Boden-Luft-Rakete vom Gelände der Präsidentialgarde aus abgeschossen. Knapp eine Stunde später begann der Völkermord. Die Mörder gingen dabei mit sorgfältig vorbereiteten Todeslisten vor auf denen auch viele Namen von Oppositionellen oder gemäßigten Hutu Politikern standen, die für ein Ausgleich mit der RPF eintraten gemäß dem Arusha-Friedensvertrag[5] eintraten. Danach begann das Morden im ganzen Land die Interhamwe Milizen, die Präsidentialgarde aber auch große Teile der Bevölkerung ermordeten ca. 800000 - 1.100000 Menschen und das in etwa zweieinhalb Monaten. Das sind über 11000 Menschen pro Tag in einem Land von etwa der Größe Hessen. Gemordet wurde mit Maschinenpistolen, Handgranaten und Macheten. Die nachträglichen Schätzungen gehen davon aus, daß sich zwischen 40% bis 60% der Hutu-Bevölkerung in irgendeiner Weise an dem Völkermord beteiligten, wenn auch nicht alle beim direkten Morden.

Die Reaktion der UN gegenüber dem Völkermord war simpel und fatal, die Truppen, die zur Überwachung des Friedensvertrages von Arusha in Ruanda stationiert waren wurden mit Beschluß vom 21.04.94 des UN Sicherheitsrates von 2400 auf 270 Soldaten reduziert. Somit wurden ca. 25 000 Menschen, die sich in den Schutz der UN-Truppen geflüchtet hatten den Schlächtern preisgegeben. Als dann die RPF im Juni 1994 kurz vor der Einnahme von Kigali stand, erklärte Frankreich, daß sie nun eingreifen wollen in „humanitärer Absicht". Die Operation Turquoise wurde vom Sicherheitsrat gebilligt und Frankreich schickte ,über den Flughafen Goma im Zaire, Truppenkontingente in den von der RPF noch nicht befreiten Teil Ruandas. Diese Operation sicherte der von der RPF geschlagenen Schlächter- Armee der Regierung ihren Rückzug nach Zaire. Dabei nahm sie alles mit, was nicht niet- und nagelfest war, ihre volle Bewaffnung, die Staatskasse, Fahrzeuge und ein großen Teil der Bevölkerung, die auch an dem Morden beteiligt gewesen war. Über den Rundfunk, der vorher zum Füllen der Massengräber aufgerufen hatte, wurde jetzt die Bevölkerung zur Flucht aufgefordert. In einigen Gegenden wurde bei Menschen, die nicht mitfliehen wollten mit Androhung von Gewalt nachgeholfen. Es flohen über eine Million Menschen nach Zaire in die Flüchtlingslager bei Goma und in die Provinzen südlich des Kivu Sees. Die Franzosen ermöglichten so ihren langjährigen Bundes-

genossen einen Rückzug.

Die Flüchtlingslager im Zaire wurden in der Weltöffentlichkeit zur eigentlichen „humanitären Mission". Nachdem man dem Völkermorden tatenlos zugeschaut hatte, konnte man jetzt den „Flüchtlingen" als Opfer der „Katastrophe" Hilfe zu Teil werden lassen. Das Dilema der Hilfsorganisationen, einen großen Teil der Mörder in den Lagern mit durchzufüttern, wurde angesichts der Medienwirksamkeit der Berichte, die auf Spendenwirksamkeit, ausgelegt waren zumeist verschwiegen. Einer der wenigen die dieses Problem thematisierten war James Fennell von Care International: „Wenn wir hier in Goma alle gleichbehandeln, dann füttern wir die Wärter von Auschwitz genauso wie deren Gefangene."[6] Doch die humanitären Organisationen hatten kein Interesse an politischer Aufklärung; Hilfe war für sie unpolitisch und so gab Care International die Anweisung an ihre MitarbeiterInnen in Goma: „Es darf nicht über die Präsenz der Milizen in den Lagern, nicht über den Völkermord geredet werden, und es darf keine Kritik am Einsatz der US - Soldaten geben".[7]

Die Mördermilizen hatten in den Flüchtlingslagern die wichtigen Verteilungsstellen der Nahrungsmittel inne. Die ehemaligen Ortsvorsteher des Habayarimana Regimes, die „Bürgermeister", wie sie in Ruanda noch aus der deutschen Kolonialzeit heißen. Diese zum größten Teil am Völkermord beteiligt, stellten nun die Ansprechpartner für die Hilfsorganisationen dar. Damit wurden die Massenmörder zur Gehaltsempfängern der NGOs im Namen der Humanität. Die faschistischen Hutu-Milizen kontrollierten in vielerlei Hinsicht die Lager, Flüchtlinge, die aus den Lagern nach Ruanda zurückkehren wollten wurden mit Gewalt von diesem Schritt abgehalten und die rassistische Ideologie der Milizen fand auch weiterhin in den Lagern Verbreitung. Die Lager können von daher als eine Ausgangsbasis betrachtet werden, von wo aus sich die faschistischen Hutu-Milizen restrukturierten, unter den Augen und mit der indierekten Hilfe der humanitären Organisationen.

Als sich die Lager 1994 etablierten schätzte man die Zahl der Hutu-Milizionäre auf etwa 30000 Soldaten. Durch weitere Rekrutierungen in den letzten zwei Jahren wird ihre Truppenstärke allerdings deutlich zugenommen haben. Waffenlieferungen zum weiteren Aufbau dieser Armee kamen immer wieder aus Frankreich, der Ukraine, Südafrika und anderen Staaten. Auch sollen die Hutu Milizionäre einigen Berichten zufolge, weiterhin von französischen Soldaten ausgebildet worden sein.

Das Ziel der Hutu-Milizen; die Rückeroberung Ruandas und das Vollenden des Völkermords besteht weiter fort. Einen direkten Angriff hat es zwar in den letzten zwei Jahren nicht gegeben, aber es sind immer wieder kleine Trupps nach Ruanda eingesickert und haben Mordanschläge an Zeugen des Völkermords und an Unterstützern der jetzigen Regierung verübt.

Die Hutu Milizen haben auch beste Kontakte zum zairieschen Militär, daß durch den Staatsbankrott Zaires meist vom Plündern lebt. Die Pogrome an den Banyarwanda[8] und den Banyamulenge wurden von den faschistischen Milizen und dem zairischen Militär gemeinsam begangen.

So aktiv sich die internationale Weltgemeinschaft bei der Versorgung der Flüchtlinge zeigte, so passiv verhielt sie sich beim vorausgegangenen Völkermord. Bereits 1993 lagen die ersten offiziellen UN-Berichte vor, die zu dem Ergebnis kamen, daß die Gewalttätigkeiten des Habayarimana Regimes einem umfassenden Muster folgten. Sie ließen keinen Zweifel daran, daß die Morde an Tutsis und Oppositionellen von staatlichen Stellen gelenkt worden waren. 1994 häuften sich in der UN-Zentrale in New York die Berichte, die eine noch deutlichere Sprache hatten. Das Sekretariat der UN wurde sogar telegraphisch über detaillierte Pläne unterrichtet, einen Völkermord an den in Kigali lebenden Tutsis zu verüben. Auch der Oberbefehlshaber der Blauhelmtruppen in Ruanda berichtete von einem bevorstehenden Völkermord und bat um die Ausweitung des Mandates, um die vorgesehenen Opfer zu schützen. Dies wurde vom UN-Hauptquartier abgelehnt. Statt dessen wurde die Blauhelmtruppe nach dem die europäischen und amerikanischen Experten aus dem Land waren wie schon gesagt, bis auf 270 Soldaten abgezogen.

Auch nach dem Völkermord änderte sich diese Politik nicht. Während im Zaire die internationale Gemeinschaft eine logistische Glanzleistung vollbrachte, die Flüchtlinge zur versorgen, wurden die Opfer des Völkermords in einem ausgeplünderten und traumatisierten Land alleine gelassen. Selbst die schon zugesagten Mittel zum Aufbau eines zivilen Justizapparates wurden bis heute nicht vollständig überwiesen. Auch agieren in mehreren Ländern, vor allem in Kenya, die Völkermörder weiterhin unbehelligt und offen. Dies obwohl die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1948 die Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords zum internationalen Recht gemacht hat und von daher die Massenmörder international wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht gestellt werden müssen. Zwar beschäftigt sich seit dem 8 November 1994 der Internationale Gerichtshof auch mit Ruanda, bis zu diesem Frühjahr hatte er aber nicht eine Anklage erhoben. Zur Zeit sind dort 10 Verantwortliche des Völkermord angeklagt, von mindestens 463 Hauptverdächtigen.

Mobutu Diktator im Aufwind

Das Schweigen zum Völkermord und die Nichtbehelligung der Täter tragen maßgeblich zur heutigen Situation im Osten Zaires bei. Einer der Hauptnutznieser der Ereignisse ist der seit 31 Jahren in Zaire regierende Diktator Mobutu Sese Seko. Zunächst profitierte er von der Beherbergung der Flüchtlinge. Durch sie konnte er sein Anfang der 90er Jahre gegen Null gesunkenes internationales Ansehen wieder aufpolieren. Der ehemals treue Statthalter des Westens auf dem afrikanischen Kontinent war nach dem Wegfall der Bipolarität zu einem läßtigen Überbleibsel in der neuen Weltordnung geworden. Lediglich Frankreich hielt zu ihm die engen Beziehungen aufrecht. Die „Internationale der humanitären Hilfe" war nun aber auf den „goodwill" Mobutus angewiesen, oder, wie es ein Mitarbeiter einer internationalen Hilfsorganisation in Goma ausdrückte: „Ein Machtwort von Mobutu und nichts geht mehr hier".

Mobutu, der mit Hilfe des CIA in den 60 er Jahren an die Macht kam, beutete das Land für seinen eigenen Reichtum fast völlig aus. Die Staatskasse Zaires ist leer, dafür besitzt Mobutu Guthaben in zweistelliger Milliardenhöhe auf schweizer Bankkonten.. Er finanziert eine Präsidentengarde, die lediglich zu seinem Machterhalt und persönlichen Schutz dient. Während in Zaire eigentlich kein Staat mehr besteht, die öffentlichen Einrichtungen fast alle keine Staatsgelder mehr erhalten und selbst die reguläre Armee nicht mehr bezahlt wird, hält Mobutu sich aufrecht, indem er die Opposition spaltet und korrumpiert. So auch im Osten Zaires, wo er durch die Ethnisierung versuchte die Opposition ein weiteres mal zu spalten. Seit die Hutu Milizen 1994 eine starke Macht in der Region geworden sind, hat sich die Situation der dort lebenden Bevölkerung enorm verschlechtert. Die schon vorher bestandenen politischen Konfliktlinien verschärften sich. 1995 entzog Mobutu den Banyarwanda und Banyamulenge und mehreren kleineren als Tutsis angesehenen Gruppen einfach die zairische Staatsbürgerschaft. Hierauf folgten die ethnischen Säuberungen, welche von den faschistischen Hutu-Mili-

zen in Zusammenarbeit mit dem zairischen Militär durchgeführt wurden. Weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit wurden so in der Provinz Nordkivu ethnische Säuberungen durchgeführt. Bei Übergriffen von Hutu-Milizen und zairischen Militär wurden in den letzten zwei Jahren über 150.000 Menschen vertrieben, von denen ca. 15.000 entweder durch erschießen, Hunger oder Epidemien starben.

Mobutu entledigte sich durch diese Vertreibungen vieler Oppositioneller und kündigte 1996 die Abschiebung von etwa 400.000 in der Region Südkivu lebenden als Tutsis angesehenen Zairern (Banyamulenge) an.

Auch in der Südkivu Region wurden ethnische Säuberungen geplant. Ziel dieser Säuberungen waren die Banyamulenge, die als ruandische Eindringlinge bezeichnet werden obwohl sie, zwar aus Ruanda kommend, seit 200 Jahren auf dem Gebiet des heutigen Zaire leben. Über den Regionalsender Radio Bukavu war in dieser Zeit ein alle 15 min. wiederholter Aufruf an die Bürger zu hören, der sinngemäß lautete: Seit wachsam, findet die Tutsi-Eindringlinge, die Mörder wollen uns töten[9]. Diese rassistische Hetze weißt sehr große Ähnlichkeit mit den Haßtiraden auf, die während des Völkermordes in Ruanda vom Hutu-Sender Radio-Television des Mille Collines ausgestrahlt wurden.

In der Südkivu-Region hatte sich nun ein Widerstandsbündnis aus Banyamulenge und anderen Oppositionsgruppen gebildet, welches sich offensiv und bewaffnet dem Terror der Hutu-Milize und des zairischen Militärs entgegen stellte. Mittlerweile haben diese in der Presse meist als Banyamulenge-oder Tutsi-Rebellen bezeichneten Kräfte die Hutu-Mlilizen und die Reste der zairischen Militärs bis weit hinter Goma zurückgetrieben und somit die Situation im Osten Zaires entscheidend verändert.

Wie sieht nun dieses Bündnis aus ?. Es besteht, wie bereits erwähnt, zum Teil aus Menschen denen das Mobutu-Regime aufgrund ihrer ethnischen Zuordnung (Banyamulege u. andere) ganz einfach die Staatsbürgerschaft entzog. Ein weiterer großer Teil besteht aus Kämpfern der ADFL (Allianz der demokratischen Kräfte für die Befreiung Zaires) unter der Führung. von Laurent Kabila. Die AFDL ist ein Zusammenschluß der ADP (Demokratische Allianz der Völker) und der PRPR (Revolutionäre Bewegung für die Befreiung des Zaire). Ihr Sprecher Laurent Kabila ist so etwas wie eine Legende. Er ist der einzige Führer der Aufstände von 1960, der deren Niederschlagung durch Mobutu überlebt hat. Seine Widerstandsbewegung hatte sich in die Berge südlich von Uvira (Südkivu) zurückgezogen dort, erhielt er 1967 sogar Besuch von Ernesto Che Guevara. In der Folgezeit legte er sich immer wieder mit dem Mobutu-Regime an, 1985 wurde seine Bewegung bei einem dreitägigen Gefecht mit der zairischen Armee fast völlig aufgerieben, er mußte sich in den Busch zurückziehen . Erst Ende der 80er Jahre trat seine Bewegung im Nordkivu wieder in Aktion.

Ziel dieses Bündnisses ist der Sturz des Mobutu-Regimes, die Umstrukturierung der



zairischen Armee und im Anschluß daran freie Wahlen

Mobutu seinerseits versucht nun einen Keil zwischen die Rebellen und den Rest der zairischen Opposition zu treiben. Mit der Konstruktion der zairischen Tutsis als Eindringlinge und Agenten Ruandas und der Behauptung Ruanda wolle einen Teil Zaires annektieren versucht er einen nationalen Konsens herzustellen um die gemäßigte Opposition hinter sich zu bringen. Also die Kämpfe in der Kivu-Region nicht als innerzairische Auseinandersetzung zu sehen sonder als Teil einer ruandischen Invasion. Zum Teil scheint ihm diese erneute Spaltung der Opposition auch geglückt zu sein. Ethienne Tshisekedi, Kopf der gemäßigten Opposition hat die „Invasion" der Tutsi-Rebllen verurteilt und seine Anhänger aufgefordert, die zairische Armee moralisch und finanziell zu unterstützen, auch kam es in Kinshasa zu pogromähnlichen Ausschreitungen gegen zairische Tutsis.

Zwar agierten ruandische Truppenverbände auf zairischen Gebiet als Unterstützung für das Oppositionsbündniss der Banyarwanda, der Banyamulenge und anderer oppositioneller Gruppen, aber über Ausmaß und Dauer des Einsatzes gibt es nur Spekulationen und von einer Bestzung der Kivuregion mag wohl niemand ernsthaft reden. Es ist zwar nicht auszuschließen, daß es in den Reihen der RPF Leute gibt die mit einer Vergrößerung des Staatsgebites liebäugeln, aber es ist nicht offizielle Politik. Vor dem Hintergrund der permanenten Bedrohung die von den Flüchtlingslagern ausging der Vertreibung Hunderttausender durch die Schaffung ethnisch bereinigter Gebiete und immer hüfiger werdenden Pogromen, ist die Unterstützung Kigalis für die „Rebellen" in der Kivu-region doch sehr verständlich.

Nun ist die befürchtete Humanitäre Katastrophe doch nicht so wie erwartet eingetreten, über eine halbe Million Flüchtlinge sind bereits nach Ruanda zurückgekehrt, etliche von ihnen auffallend wohlgenährt und durchtrainiert. Was es nun ermöglicht hat, daß ein großer Teil der Flüchtlinge nach zwei Jahren in den von Hutu-Milizen kontrollierten Flüchtlingslagern und der Vertreibung aus eben jenen, doch nach Ruanda zurückzukehren ist nicht völlig klar. Klar ist , daß durch die Vertreibung aus den Lagern den Hutuextremisten ihre materielle Basis entzogen wurde, auch scheinen die Hutu-Milizen den „Rebellen"militärisch nicht gewachsen zu sein. Aber was machte es möglich, daß nach

zweiwöchiger „Irrfahrt" sich mit einem Schlag 500 000 Flüchtlinge auf den Weg nach Ruanda machten und wo sind die Hutu-Milizen geblieben?

In Ruanda selbst gab es bist jetzt keine Anzeichen von Racheaktionen, aber die Rückkehr der Flüchtlinge birgt doch jede Menge Probleme und sorgt bei vielen Überlebenden für Bitterkeit. Die Täter von damals kehren zurück teilweise in gesamten Familienverbänden mit Großeltern und Enkeln. Während viele Tutsis die einzigen Überlebenden aus einer manchmal bis zu hundert Menschen umfassenden Verwandschaftsgruppe sind.

In Zaire selbst halten sich immernoch große Teile der Hutu-Milize auf, die eng mit rechtsgerichteten Kräften aus dem Zaire zusammenarbeiten. Außerdem befinden sich wahrscheinlich westlich von Goma und im Südkivu noch eine unbestimmte Zahl von Flüchtlingen(die Zahlen gehen von 200 000 bis700 000) deren Lage im Moment recht unklar ist. Klar ist jedoch, daß solange die Hutu-Milizen im Zaire nicht entwaffnet und aufgelöst, und die Völkermörder nicht vor Gericht gestellt werden, wird das Problem weiterbestehen. Eine „Humanitäre Intervention" und das Einrichten von neuen sog. Schutzzonen würden den Mördern weiter Unterschlupf bieten und die Region weiter destabilisieren.

Will sich die „internationale Gemeinschaft" ernsthaft mit den von ihr mit verursachten Wirren auseinandersetzen muß sie einige Dinge begreifen: Erstens:„Es handelt sich nicht um eine humanitäre Katastrophe, sondern um Krieg. Genauer: um eine Kette von Kriegen in der Grenzregion von Zaire, Ruanda und Burundi, geführt mit dem Mittel der „ethnischen Säuberung" und dem Ziel territorialer Alleinherrschaft.

Zweitens: Diese Kriege sind der Tiefpunkt einer politischen Krise. Die dreißigjährige schreckensherrschaft Mobutus ist Bankrott, Ruandas Hutu-Völkermörder im Exil und Burundis Tutsi-Diktatoren von Rebellen belagert, aber sie alle vergiften noch immer das Klima in ihren Ländern. Die „ethnischen Säuberungen" sind zum Hauptinstrument der Politik avanciert. Der todkranke Mobutu, der sein Krankenbett neben seinen Bankkonten in der Schweiz aufgeschlagen hat, schafft es noch immer, seine Landsleute gegeneinander aufzuhetzen und dann um humanitäre Hilfe zu bitten. Aber nicht derjenige braucht am nötigsten Hilfe der am lautesten schreit. Jahrelang hat Mobutu es geschafft, als Gastgeber für ruandische Flüchtlinge Hilfe in Milliardenhöhe anzusaugen. Damit muß Schluß sein. Hätten Hilfsorganisationen sich nicht in ihrem Mitleid für die Ruander



in Zaire überboten, wäre nie der von internationaler Hilfe lebende Hutu-Staat auf zairischem Boden entstanden, der Verbrechern Schutz bot und die Region destabilisierte. Nun ist das vorbei -hoffentlich für immer.

Wer jetzt wieder mit Flugzeugen voller Humanität nach Goma fliegt, bereitet den Nährboden für den nächsten Krieg."
(aus einem Kommentar von Domini Johnson in der taz vom 4.11.96)

P.S. Dieser Artikel erhebt nicht den Anspruch eine umfassende Analyse der Situation im Gebiet der großen Seen zu leisten, er ist vielmehr der Versuch einige der Haupkonfliktlinien in der Region aufzuzeigen und der allgemeinen Konfusion zu m Thema Ruand/ Zaire und Hutu/Tutsi entgegenzuwirken.

[1] Rony Braumann einer der Gründer von Medecins sans frontieres (Ärzte ohne Grenzen) schreibt in seinem Buch Hilfe als Spektakel - nach den Erfahrungen des Völkermords in Ruanda - „Das Spektakel der Hilfe" ist mittlerweile an die Stelle der Politik getreten, die punktuelle Linderung des Leidens ersetzt in unserer Fernsehgesellschaft den Kampf gegen das Böse"

[2] Zu humanitären Intervention und Hilfe schreibt Jörn Schulz: „Und nicht wenige von ihnen kompensieren ihre Hilflosigkeit mit dem lautstarken Ruf nach militärischer Intervention. Humanitäre Hilfe kann eine humanitäre Gesellschaftsordnung nicht ersetzen und schon gar nicht schaffen. Es ist schon bemerkenswert, daß in der Interventionsdiskussion kaum nach den Ursachen der afrikanischen Krise und nach möglichen Lösungen gefragt wird. Eine Hilfe, die mehr leisten will als die Öffentlichkeit zu beruhigen und aufgeblähten Armeen neue Betätigungsfelder zu schaffen, muß politisch sein und Partei ergreifen." (Schulz Kommune 1/ 1995)

[3] Mit dieser Theorie begründen die faschistischen Hutu Milizen bis Heute ihr Recht, mit Bezug zum Mythos der sozialen Revolution von 1959, auf die „Wiedervertreibung" und Vernichtung der Tutsis unter deren vermeintlichen Fremdherrschaft sie seien. (vgl. Der Überblick 3/94 Rene Lemarchand)

[4] Akazu heißt wörtlich das kleine Haus. Das ist der Kreis der Vertrauten des Präsidenten, der harte Kern, der Verfechter der Endlösung, darunter auch die Familienangehörigen des Präsidenten.

[5] 1993 wurde in Arusha ein Friedensvertrag ausgehandelt zwischen dem Habayarimana Regime und der RPF Er sah eine Übergangsregierung unter Beteiligung der RPF vor. Daher ruhten die Kämpfe bis zum Start des Völkermords.

[6] Aus wie ein Floß in der Nacht von Dominic Johnsen und Willi Germund

[7] Ebenda Seite 110-111

[8] Als Banyarwanda werden in den Nachbarländern Ruandas Menschen Bezeichnet die Kinyarwanda sprechen

[9] Quelle: Mail Guardian vom 7.11.96 (Südafrikanische Wochenzeitschrift).

INFORMATIONSZENTRUM FÜR FREIE VÖLKER e.V
Information Center for Free Peoples
Pressedienst Basin Servisi Press Center
Kalkarerstr. 2 - D - 50733 Köln Tel: +49 221 760 76 56 Fax: +49 221 760 28 87

Informationsveranstaltung zum Thema:

Das Gesicht des türkischen Staates: Mafia und Konterguerilla

Am 3. November 1996 rast auf der Autobahn bei Susurluk eine schwarze Mercedes Limousine in einen Lastwagen. Drei der vier Insassen sind sofort tot, der vierte überlebt schwerverletzt. Solch ein Unfall ist in der Türkei an sich nichts ungewöhnliches. Dieser Unfall, vielmehr die Zusammensetzung der Insassen des Mercedes jedoch, erschüttert die ganze Türkei.

Bei dem schwerverletzt aus dem Wagen Geborgenen handelt es sich um den Abgeordneten der Partei des Rechten Weges von Vizeministerpräsidentin Tansu Ciller, Sedat Bucak. Einer der Toten ist Bucak´s enger Freund und ehemaliger stellvertretender Polizeichef Hüseyin Kocadag, die zweite Tote ist ein Topmodell aus der Türkei. Der dritte Tote dagegen ist Abdullah Catli, ehemaliger Vorsitzender der Grauen Wölfe in Ankara und seit Jahren steckbrieflich mit einem internationalen Haftbefehl von Interpol gesuchtes Mitglied der Drogenmafia. Abdullah Catli wird auch im Zusammenhang mit dem Papst-Attentat als wahrscheinlicher Komplize des Papst-Attentäters Mehmet Ali Agca gesucht. Darüber hinaus werden in dem Wagen Schnellfeuerwaffen, Schalldämpfer, Abhörgeräte und falsche Pässe gefunden.

Die Regierungsverantwortlichen überschlagen sich mit Erklärungen, verstricken sich in Widersprüche oder stellen sich ganz offen hinter die Kontakte des Staates mit der Drogenmafia. Fünf Tage nach dem Unfall muß Innenminister Mehmet Agar zurücktreten, weil bekannt wird, daß er mit der illusteren Gesellschaft in einem Hotel wohnte. Der im Auto gefundene Waffenschein trägt die Unterschrift des damaligen Polizeipräsidenten Mehmet Agar.

Seitdem vergeht kein Tag, an dem nicht neue Verbindungen zwischen Regierung, Polizei, Konterguerilla und Mafia bekannt werden. Bis weit in bürgerliche, staatloyale Kreise hinein reicht das Entsetzen über den Dreck, der zutage tritt. Selbst staatstragende Zeitungen verurteilen die Zusammenarbeit. Nur Anhänger und organisierte Mitglieder der Faschisten und Mafia erklären in den Zeitungen und nicht enden wollenden Talkshows ihre Solidarität mit Catli und seinesgleichen.

Die Türkei erlebt eine der schwersten Regierungskrisen ihrer Geschichte. Nicht nur die jetzige Regierung, alle bisher an der Macht beteiligten Parteien sind diskreditiert. Erbakan, Ministerpräsident und Vorsitzender der Refah Partei, sowie Oppositionsführer und ANAP Vorsitzender Mesut Yilmaz haben dagegen ihre eigene Strategie entwickelt. Während Erbakan sich unbeteiligt zeigt, versucht Yilmaz sich als starker Mann und potentieller Retter des Staates zu zeigen. Er gibt zu, in seiner Zeit als Regierungschef ebensolche Kontakte gepflegt zu haben. Allerdings mit dem feinen Unterschied, daß er damals die Mafia und Konterguerilla kontrolliert habe und nicht wie jetzt das Umgekehrte der Fall gewesen sei.

Die unverblümte Rechtfertigung der Verbindungen von Staat und der Graue Wölfe Konterguerilla und Mafia zeigt deutlich wie nie das Demokratie- und (Menschen-)rechtsverständnis des türkischen Staates. Für die Sicherung der 'Nationalen Interessen' ist dem Staat jedes Mittel recht. Was Menschenrechts- und oppositionellen Organisationen in jahrelanger Aufklärungsarbeit nicht gelungen ist, wird durch diesen Unfall und seine Folgen schlagartig klar. Die Türkei wird von einer staatlich organisierten Konterguerilla-Mafia beherrscht.

Die seit Jahren wachsende Opposition gegen den Unrechts- und Unterdrückungsstaat in der Türkei könnte in dieser Situation einschneidende Veränderungen in der Türkei durchsetzen. Besonders seit dem Todesfasten im Sommer dieses Jahres hat sie sich vergrößert, besser organisiert und teilweise zusammengeschlossen. Auch wir im Ausland können einen Beitrag zur Stärkung ihrer Position beitragen, indem wir helfen, die Türkei außenpolitisch zu isolieren und Druck auf die deutsche Regierung ausüben, ihre Türkeipolitik zu ändern.

Um ausführlicher über die jüngsten Ereignisse und Entwicklungen in der Türkei zu informieren und um gemeinsam Handlungsweisen und konkrete Schritte in diese Richtung zu diskutieren möchten wir Sie herzlich zu einer Veranstaltung des Informationszentrums für Freie Völker einladen.

Datum: Freitag, 13. Dezember 1996

Uhrzeit: 19.00 - 22.00 Uhr

Ort: HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN
Unter den Linden 6, 10099 Berlin -
Hauptgebäude/Raum 2002

Um uns die Planung zu erleichtern bitten wir Sie herzlich, ihre Teilnahme bei uns anzumelden: Informationszentrum für Freie Völker, Tel 0221 - 760 76 56, Fax 0221 760 28 87, e-mail: informationszentrum@kurtulus.com

schöner sonntagmorgen !

wir haben in der nacht vom samstag den 16.11.96 zum sonntag den 17.11.96, auf dem zentralfriedhof in quedlinburg das „ehrenkreuz“ zum gedenken an die gefallenen des 7.fallschirmjägerbataillons geklaut.
fallschirmjäger hatten innerhalb der wehrmacht den charakter einer eliteeinheit sie wurden für den angriffskrieg und zur partisanenbekämpfung ausgebildet und eingesetzt. auf ihr konto gingen zahlreiche kriegsverbrechen im 2.weltkrieg.
das 7.fallschirmjägerbataillon quedlinburg ist in diesem zusammenhang zu bewerten.
der mdl des landes sachsen-anhalt karsten knolle (cdu), selbst ehemaliger fallschirmjäger bei der bundeswehr(macht) hat die aufstellung des revanchistischen schandmales zu verantworten.
karsten knolle fiel in der vergangenheit schon öfter durch rechtspopulistische und revanchistische äußerungen auf.
unsere aktion richtet sich gegen die ehrung von kriegsverbrechern, insbesondere am volkstrauertag.

unser kampf geht weiter - alle werden fallen !

autonome de[illegible]kmalpfleger



Ehrenmal auf dem Zentralfriedhof geschändet

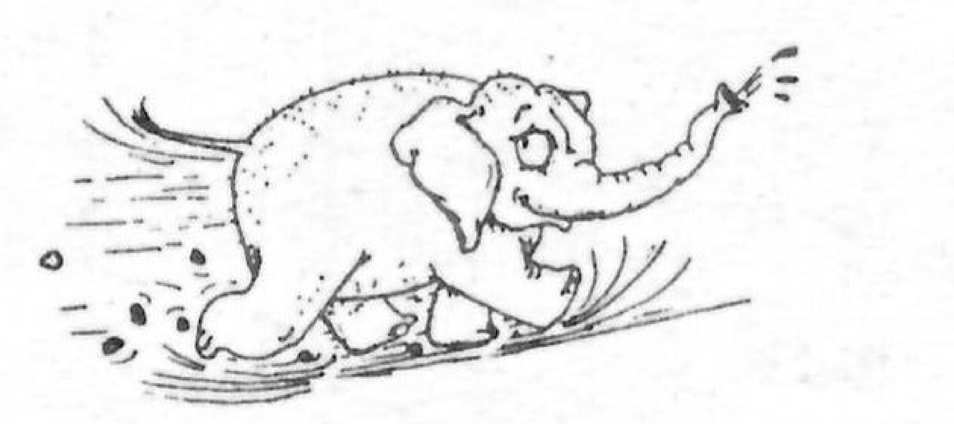
Traditionsgemeinschaft hat Finderlohn bereitgestellt

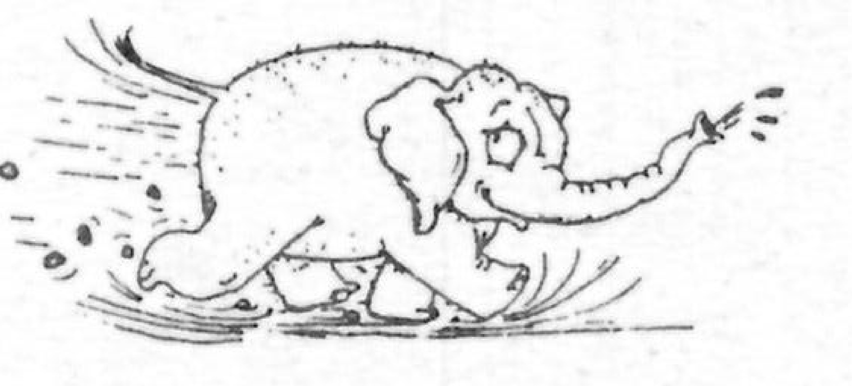
Quedlinburg/MZ. In der Nacht zum Volkstrauertag ist das im Vorjahr von der Fallschirmjäger-Traditionsgemeinschaft errichtete Ehrenmal auf dem Zentralfriedhof in Quedlinburg geschändet worden. Noch unbekannte Täter haben vom Steinsockel das aus Kupfer bestehende Kreuz abgesägt und gestohlen.

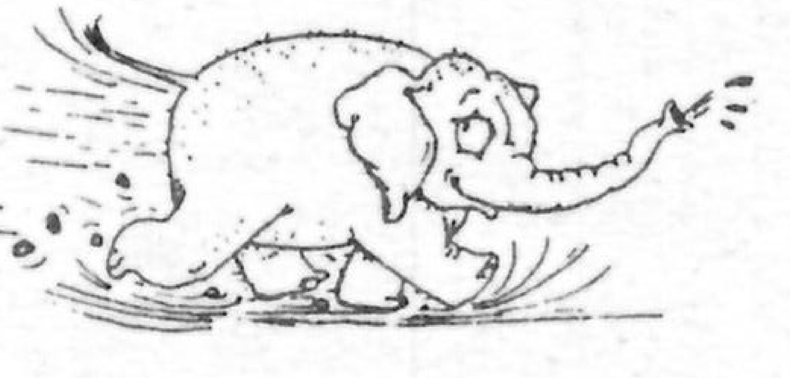
„Die Kameraden der Traditionsgemeinschaft ehemaliger Fallschirmjäger, der auch ich als Reserveoffizier und Fallschirmjäger der Bundeswehr angehöre, waren entsetzt, als wir am Samstag das geschändete Ehrenmal sahen“, erklärte gestern der CDU-Landtagsabgeordnete Karsten Knolle. „Wir haben sofort die Polizei und die Kriminalpolizei eingeschaltet. Anzeige gegen unbekannt wurde erstellt.“

Die Traditionsgemeinschaft ehemaliger Fallschirmjäger der Deutschen Wehrmacht hat einen Finderlohn in Höhe von 500 Mark bereitgestellt. Für sachdienliche Hinweise auf die Täter und wo sich das Kreuz zur Zeit befindet, wäre die Traditionsgemeinschaft sehr dankbar. Das Kupferkreuz ist mit einer Inschrift versehen und hat eine Größe von etwa 60 cm. Mögliche Angaben werden diskret und vertraulich behandelt. Ansprechpartner ist Karsten Knolle, CDU-Landtagsabgeordneter, Turnstraße 4, 06484 Quedlinburg, Telefon 03946/25 68.

Das Kreuz am Ehrenmal der Fallschirmjäger-Traditionsgemeinschaft ist abgesägt und gestohlen worden. Foto: privat









BUNDESWEITE DEMO in ASCHAFFENBURG/BAYERN am 22.FEBRUAR 1997

gegen Nazipack und Krawattennadelfaschisten die sich anäßlich des HANS-MÜNSTERMANN-GEDENKMARSCHES seit `93 immer zahlreicher (zuletzt ca.350) versammeln

Seit 1993 findet jährlich im Februar in Aschaffenburg (Bayern) der sogenannte „Hans - Münstermann - Gedenkmarsch" statt. Seit dem erstenmal ,bei dem sich sogar die CSU und andere bürgerliche Gruppen beteiligten, ist die NPD Haupt - bzw. Mitorgänisator. Letztes Jahr schleimte sie sich im Nationalen Infotelefon selbst an und meinte , daß der Marsch schon von Nationaler Bedeutung und bla und blub und soweiter...

Da die Hampelmänner und -frauen ihren Marsch ziemlich ernst nehmen und jedes Jahr wieder antanzen (natürlich mit dem Schutz der grünen Hampelmänner und -frauen), wollen wir euch an dieser Stelle etwas über den Marsch erzählen, so daß ihr am **22.Februar 1997** auch nach Aschaffenburg kommt, um diesem Theater mit handfestem antifaschistischem Widerstand ein Ende zu bereiten.

Also, Hans Münstermann wurde am 22.Februar 1993 bei einer Schlägerei zwischen arischen Dumpfbacken (zu denen er gehörte) und ausländischen Mitmenschen in Notwehr erstochen. Daraufhin wurde in der Lokalpresse vom armen Deutschen und den bösen Ausländern berichtet. was 800-1000 Bürger dazu bewegte am folgenden Samstag, dem 26. Februar, sich an dem Trauermarsch für Deutschland (CSU und NPD Hand in Hand) zu beteiligen

Die folgenden Jahre veranstaltete die NPD, immer um Münstermanns Todestag herum, Aufmärsche mit immer steigender Teilnehmerzahl. Mittlerweile rühmt sich Klaus Beier schon im „Stern", welch Organisationsgenie er doch sei und er kündigte im NIT für 97 noch mehr Teilnehmer an.

Ein Stein als Signal: 'Atomkonsens ist Nonsens'!

n der Nacht zum 6. Dezember haben AtomkraftgegnerInnen gezielt Steine, eingewickelt n ein 'Atomkonsens ist Nonsens'-Plakat, in die Scheiben mehrerer Energieversorgungszentren Deutschlands geworfen.

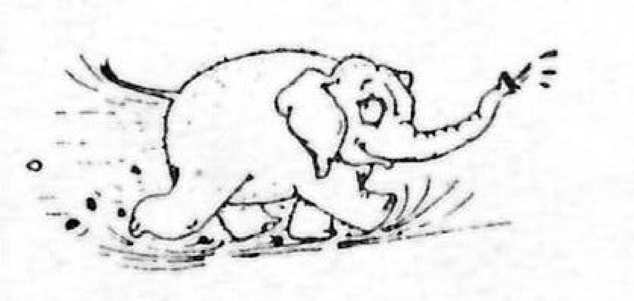
Mit dieser bundesweit koordinierten Aktion sollte auf die anstehenden Konsensgespräche seitens der Bundesregierung und einiger Wirtschaftseinheiten aufmerksam gemacht werden. Die Energieversorgungsunternehmen spielen aufgrund ihrer Monopolstellung bei der Erzeugung des Atomstroms eine wichtige Rolle und werden einen „Atomkonsens", der in ihrem Interesse liegt, voranzutreiben wissen. Von einem Konsens kann jedoch nicht die Rede sein, da die Interessen der Bevölkerung und die Forderung nach der „sofortigen Stillegung aller Atomanlagen" keine Berücksichtigung finden.

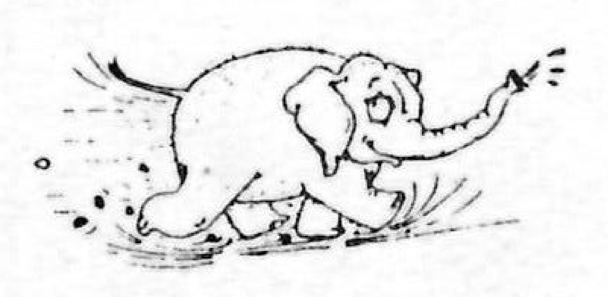
VertreterInnen der Prestige-und Kapitalinteressen weisen alle Ängste der Bevölkerung von sich und versuchen einen Konsens zu konstruieren, der für sie profitabel ist.

Bei diesem Steinwurf handelt es sich um eine Sachbeschädigung. Diese ist damit zu legitimieren, daß der soziale und politische Frieden ständig von Staats-und KapitalvertreterInnen gekündigt wird, so daß Möglichkeiten politischer Mitbestimmung im Sinne eines bürgerlichen Demokratiekonzepts spätestens dann zur Makulatur werden, wenn Menschen sie wahrnehmen wollen. Kleine Initiativen und öffentlichkeitswirksame Aktionen im Rahmen der Anti-Atom-Bewegung werden von den Medien nicht aufgegriffen und finden somit kein Gehör. Bei der Medienberichterstattung wird außer Acht gelassen, daß die Gewalt vom Staat ausgeht, der die Interessen und den Willen der Menschen mit Füßen tritt.

Deshalb werden dieser Aktion noch weitere folgen, die auf die Stellung der Energieversorgungsunternehmen bei dem Weiterbetrieb der Atomindustrie hinweisen und sie endlich angreifbar machen.

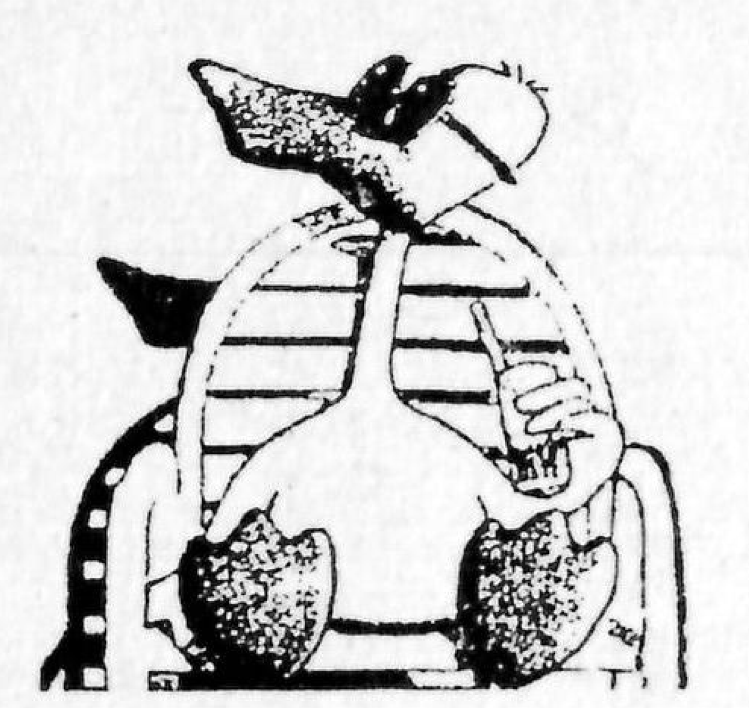
Hau weg den SCHEIß

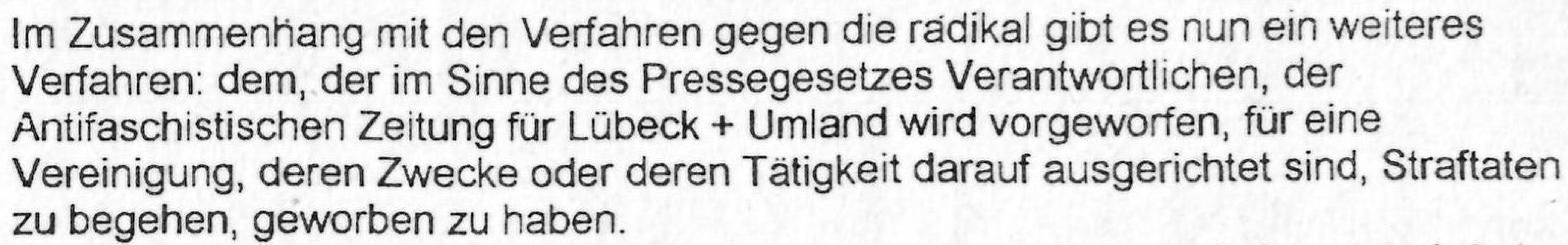




Kommt alle zum Aktionstag :

- **bundesweite Demo**
- **Antifa-Konzert**
- **beim Abendprogramm sind eurer Phantasie keine Grenzen gesetzt**





Die Kriminalisierung geht weiter.......
Erneutes Verfahren nach § 129 in Lübeck !



Im Zusammenhang mit den Verfahren gegen die radikal gibt es nun ein weiteres Verfahren: dem, der im Sinne des Pressegesetzes Verantwortlichen, der Antifaschistischen Zeitung für Lübeck + Umland wird vorgeworfen, für eine Vereinigung, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf ausgerichtet sind, Straftaten zu begehen, geworben zu haben.
Die Staatsanwaltschaft hat sich die Nr. 2/96 herausgegriffen und behauptet, daß der auf den Seiten 16-20 abgedruckte Text dem Sachverhalt des Werbens für eine kriminelle Vereinigung entspricht. Dieser Text, von dem hier die Rede ist, wurde von einem der im radikal-Verfahren Beschuldigten geschrieben und setzt sich unter anderem mit dem Knastsystem auseinander.
Darüber hinaus wird aber in diesem Text auch die radikal thematisiert; warum und weshalb sie illegal organisiert wurde und wird, und welche Funktion und Wichtigkeit sie für die Diskussion um militante und linksradikale Politik nach wie vor hat:
"Seit 1984 hat sich die radikal nach den ersten Kriminalisierungsversuchen in der Illegalität organisiert. Nicht zum Selbstzweck, sondern um auch weiterhin militante, linksradikale Politik und Diskussion ohne Zensur, ohne Schere im Kopf, vorantreiben zu können.
Und genau in dieser Funktion liegt, bzw. kann die Wichtigkeit der radikal liegen. Die radikal kann ein wichtiges Forum sein, um perspektivische, linksradikale Konzepte zu diskutieren. Und letztendlich auch ein Forum, um militante Politik als unabdingbarer Bestandteil revolutionärer Veränderungen zu entwickeln."
Und genau auf diese Passage im Text fährt die Staatsanwaltschaft ab und stellt sie in der Anklage heraus.
Es wird von der Staatsanwaltschaft im Weiteren behauptet, daß durch den abgedruckten Hinweis auf "Veranstaltungsreihen gegen die Kriminalisierung des linken politischen Widerstandes" und dem abgedruckten Spendenaufruf für die Zeitung "radikale Zeiten", der Angeklagte für die Vereinigung "radikal" werben will.
Dieser Passus in der Anklageschrift, der die radikal und die Solidaritätsbewegung in einem Atemzug nennt, läßt keine andere Interpretation zu, als daß ein eindeutiges Kriminalisierungsinteresse auch gegen die Solidaritätsbewegung seitens des Staatsschutzes und der Justiz besteht. Desweiteren wird in der Anklageschrift vorverurteilt, daß "A.E., der ersichtlich Mitglied der kriminellen Vereinigung die die linksradikale Untergrundzeitung verfaßt hat, **ist**". Dabei phantasiert der Staatsanwalt in seinem Verfolgungswahn die Verurteilung von Leuten herbei, die noch nicht einmal einen Prozeß hatten.
Und um dem Ganzen noch eins draufzusetzen, wurden natürlich auch noch andere "zwielichtige" Themen in der Antifaschistischen Zeitung benannt. So sei dort ein DIN-A4-Blatt eingelegt, auf dem die sofortige Freilassung von Hanna Krabbe verlangt wird und beigefügt eine Unterschriftenliste für diese Forderung.
Die Freilassungsforderung einer politischen Gefangenen, die seit über 20 Jahren in den Knästen der BRD gesessen hat, scheint der Staatsanwaltschaft so bedeutend und erwähnenswert, daß sie dies in ihrer Anklageschrift aufnimmt.
Auch die Postkarte der Roten Hilfe mit einem an die Bundesregierung adressierten vorgedrucktem Text, der eine Solidaritätserklärung mit dem zu der Zeit in Berlin in Auslieferungshaft sitzenden Benjamin Ramos Vega enthält, scheint der Staatsanwaltschaft so bedeutend, daß sie in der Anklageschrift Erwähnung findet.
Die Kriminalisierung von Menschen, die positiv Stellung beziehen zu linksradikalen Themen und politischen Projekten, hat nach wie vor Hochkonjunktur.
Klar ist für uns, daß wir nicht nur weiterhin für die Einstellung aller Verfahren streiten werden, sondern selbstverständlich auch dafür, daß solche Sätze wie in der AZ 2/96 nicht nur gedacht sondern auch geschrieben, gedruckt und verteilt werden können und in einer emanzipatorischen Praxis münden!

LINKSRADIKALE POLITIK IST NICHT KRIMINELL, SONDERN FÜHRT ZU SELBSTBESTIMMUNG, KOLLEKTIVITÄT UND BEFREIUNG !!!
LEBT & LEST RADIKAL!

29/11/96 Soliplenum Schleswig-Holstein

Dieses Papier zu Pornographie und Sexismus und der Auseinandersetzung darüber wurde von einer Tübinger Männergruppe geschrieben. Der bekanntgewordene Pornokonsum und Telefonsex eines Mannes aus unserer Szene war der Anlaß dazu. Wir verstehen uns als Teil der Tübinger Szene und haben z.T. auch eine gemeinsame Geschichte mit dem Betroffenen. Das Papier richtet sich an alle Männer, die sich mit dem Thema auseinandersetzen wollen. Über Rückmeldungen würden wir uns freuen. Eine Diskussion mit anderen Männern wäre noch besser.

Was war passiert?

Im Herbst letzten Jahres wurde bekannt, daß ein in der linksradikalen/autonomen Szene aktiver Mann X seit seiner Jugendzeit immer wieder regelmäßig Pornos kaufte und konsumierte und seit geraumer Zeit auch Telefonsex machte. Über Nacht geriet das sexuelle Privatleben eine Szenemannes in das Rampenlicht der Szeneöffentlichkeit.
Die Reaktionen waren sehr unterschiedlich. Sie reichten von Bestürzung, Schockierung, Enttäuschung und Wut im engeren Bekanntenkreis bis hin zur Äußerung von Frauen: "Was wundert's Euch, daß so etwas auch in diesen Zusammenhängen vorkommt?" Das Bekanntwerden eines solchen Falles sei keine Weltneuheit und die Hoffnung, in der Szene gäbe es keine derartigen Verhaltensweisen, sei bekanntermaßen unrealistisches Wunschdenken.
In politischen Zusammenhängen, in denen X zu diesem Zeitpunkt aktiv war, wurden unterschiedliche Konsequenzen gezogen. Während eine Gruppe bis auf weiteres keine Möglichkeit sah mit ihm zusammenzuarbeiten, war seine Mitarbeit in einer anderen, relativ neuen Gruppe nicht in Frage gestellt.
Für manche Menschen waren die Reaktionen der Szene und die Strenge der Vorwürfe z.T. nicht nachvollziehbar und erschienen in ihrer Konsequenz zu hart zu sein. Andere fanden es einfach "gut", daß ein Mann, dessen Pornokonsum öffentlich geworden war, darüber die Auseinandersetzung mit anderen führen wollte. Die Enttäuschung der Szene(männer) erschien manchen nicht nur unverständlich, sondern auch scheinheilig.
Immer wieder war auch zu hören, es sei eine Zumutung und Arroganz, daß sich andere Menschen (aus der Szene) in das Privatleben einer anderen Person einmischten. Vor allem sei es unverständlich, mit was für einem erhobenen Zeigefinger und scheinheiliger Moral sich alle auf den Betreffenden stürzten. Dieser hätte sich in vielen politischen und öffentlichen Bereichen erfolgreich eingesetzt und jetzt würde ihm unter die private Bettdecke geschielt.

> ***"Der krasse Widerspruch zwischen politischen Idealen und eigenem Sexismus"***

Bei uns selbst löste die ganze Geschichte Betroffenheit und Verunsicherung aus: der krasse Widerspruch zwischen dem Eintreten für politische Ideale und dem praktizierten Sexismus (regelmäßiger Konsum von Pornographie und einer Form der Prostitution).
Unserer Meinung nach waren die Konsequenzen aus der nächsten Umgebung für den Betreffenden eher differenziert und verhalten.

Umgang innerhalb der Szene

Der Umgang damit entsprach und entspricht den politischen Strukturen in Tübingen. Damit ist der Umgang reduziert auf vor allem private und persönliche Kontakte zu X. Von außerhalb gab es nur vereinzelte Initiativen dazu. Eine übergreifende Struktur hätte es ermöglicht, eine breitere Auseinandersetzung zu führen. Da es diese nicht gab, blieb es vor allem bei individuellen Gesprächen und z.T. Szenetratsch.
Auch die Vermittlung der eher kritischen Positionen der "Älteren", die eine gemeinsame politische Geschichte mit X haben, gegenüber den "Jüngeren", die diese gemeinsame Geschichte nicht haben und die diese Reaktionen nicht nachvollziehen konnten, hätte besser laufen und Basis für eine gemeinsame politische Auseinandersetzung sein können.

> ***"Ein Grundsatz autonomer und linksradikaler Politik war und ist, daß es keine Trennung zwischen politisch und privat gibt"***

Kam das Ganze völlig überraschend und unvorstellbar über uns?

X stand mit seiner politischen Arbeit für eine Bewegung (Männer), die sich nicht nur den Kampf gegen Kapital und Arbeit, gegen Faschismus und Rassismus, sondern auch den Kampf gegen Sexismus und Patriarchat auf ihre Fahnen schreibt. X ist ein Mann, der antipatriarchale Ansprüche gerne in den Mund nahm.
Für manche verkörperte er die Integrität unserer politischen Ideen und Grundsätze. Andere hatten an ihm und seinen antipatriarchalen und antisexistischen Phrasen (z.B. auf öffentlichen Veranstaltungen) schon immer Mißfallen geäußert.
Andere, die mit ihm in politischen Zusammenhängen arbeiteten, schätzten seine Verbindlichkeit und sein politisches Engagement in den Gruppen.
Sicher ist auch von Männerseite zu wenig an Kritik gegenüber X und seiner Profilierung gekommen. Vielleicht war das ein Ausdruck davon, daß er für manche von uns mit seinen phrasenhaften Äußerungen an Glaubwürdigkeit verloren hatte. Zumindest einigen ging es so.
Dieser Umgang ist für uns Ausdruck der allgemein verbreiteten Ungenauigkeit im Umgang miteinander, vor allem dann, wenn jemand innerhalb der politischen Zusammenhänge "effektive politische Arbeit" leistet. Diese Kritik trifft uns alle, insbesondere diejenigen, die mit ihm einen engen persönlichen/politischen Kontakt hatten.
Ein Grundsatz autonomer und linksradikaler Politik war und ist, daß es keine Trennung zwischen politisch und privat gibt. Wir müssen neben unserer politischen Arbeit auch im Alltag immer an der Umsetzung unserer Ziele für eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung arbeiten. Eine Politik ist nur dann glaubwürdig, wenn sichtbar wird, daß sie von denen, die sie propagieren, auch gelebt wird. Natürlich geht das nicht ohne Widersprüche. Schon gar nicht bei Männern, wenn es sich um das patriarchale Gewaltverhältnis dreht. Hier sind wir als Männer alle ständig in Widersprüche verwickelt. Konsum von Pornographie und die

Inanspruchnahme aller Formen von Prostitution stehen zu dieser Politik aber nicht bloß inhaltlich in krassem Gegensatz, sondern bedeuten vor allem auch die Infragestellung linker Politikfähigkeit von Männern.

X selbst hatte erklärt, daß er sich mit seinem Pornokonsum kritisch auseinandersetzen und eine Bewältigung dieses Problems (z.B. mit einer Therapie) erreichen wolle. Er trifft/ traf sich auch mit Männern aus den zwei oben genannten Zusammenhängen.

Er erklärte auch sich mehr Zeit für sich selbst zu nehmen und sich nicht mehr mit Aktivitäten und Arbeit zuschütten zu wollen.

In diesem Zusammenhang erwarteten wir dann ebenfalls eine kritische Auseinandersetzung des Betreffenden mit seiner bisherigen politischen Praxis. Konkret stellten wir uns vor, daß X sich auch im politischen und öffentlichen Bereich zurücknehmen würde, insbesondere, wo er sich hier oftmals auch zum Bereich Patriarchat und Herrschaft in relativ straighter Form geäußert hatte.

Da er schon vor einigen Jahren zusammen mit uns und anderen Männern über die "Männerproblematik" (Männergewalt, HERRschaft, Sexismus) diskutiert hatte und wir damals erkannten, daß sich private und öffentliche Belange nicht strikt von einander trennen lassen, gingen wir davon aus, daß sich die von X angekündigte Auseinandersetzung auch auf seinen Alltag, der zum Großteil auch von Politik geprägt ist, auswirken würde.

Diese Erwartungen wurden auch von anderen Personen, die mit X zusammen wohnen bzw. mit ihm politisch zusammenarbeiten, diesem gegenüber formuliert. X hielt dies ebenfalls für erforderlich und zog sich für kurze Zeit aus dem politischen Leben zurück.

Es haben in der Zwischenzeit auch Veränderungen stattgefunden. Ob diese jedoch wirklich aufgrund der angekündigten "Selbstbesinnung" erfolgten, oder ob sie eher aus taktischen Gründen passierten, ist uns nicht ganz klar. Wir finden jedoch einige kritische Feststellungen angebracht.

"Konsum von Pornographie und Prostitution bedeuten auch die Infragestellung linker Politikfähigkeit von Männern"

So hat beispielsweise der von X erklärte (und von einigen auch verlangte) Rückzug aus politischen Zusammenhängen sich insoweit umgesetzt, daß er zwar in seinen früheren Zusammenhängen nicht mehr aktiv ist, er sich aber dafür nunmehr in einem neuen, ebenfalls politischen Bereich wiederum sehr engagiert einbringt, mit dem Unterschied, daß hier von ihm solche Konsequenzen nicht verlangt wurden/werden. Z.T. weil die Personen ihn von früher nicht kennen, bzw. auch eine andere Einschätzung des Problems haben ("der macht doch gut Arbeit.."). Alles nur privat?

Und wir...

Für uns selbst war die Veröffentlichung der Geschichte Anlaß dazu, uns bewußt als Männer wieder zusammenzusetzen und unser eigenes Verhältnis zu Pornographie zu betrachten und miteinzubringen. Wir merkten, daß auf dieser Ebene bei uns selbst vieles unausgesprochen und ungeklärt ist. Kein Anlaß also für den erhobenen Zeigefinger, eher dafür, eigene Probleme und Standpunkte anzusprechen.

Wir finden es legitim und wichtig, zu dem gesamten Geschehen öffentlich Stellung zu beziehen.

Wir haben jahrelang mehr oder wenig versucht, die Bedeutung männlicher Gewalt und Herrschaft in unsere politischen Analysen und Praxis miteinzubeziehen. Unsere Politik basierte darauf, daß wir von den herkömmlichen Mustern, "Abends wird Politik gemacht und zu Hause dann business as usual" wegkommen wollten.

"Ein sexistischer Alltag, wie ihn sicher nicht wenige Männer leben"

Dies ist uns Männern gerade vielleicht mal in sporadischen Ansätzen gelungen. Dennoch halten wir diesen Anspruch für richtig. Wir sehen es als Rückschritt an, wenn jetzt gesagt wird "Was mischt Ihr Euch in dem seinen Privatkram ein, der ist doch politisch voll o.k.".

Sicher hat unser eigener erfolgloser Umgang mit diesem Politikideal zu diesen skeptischen

Reaktionen Außenstehender beigetragen. Wer, wie wir - vor allem bei einem derartig widersprüchlichen Bereich wie Männer und Männergewalt - den Eindruck verbreitet/e die Analyse und das Erfolgsrezept gleich bei sich zu tragen, kommt schnell in eine Position der Arroganz und des Besserwissens.

"Eigenes sexistisches Verhalten wurde nur recht zaghaft kritisiert, ...

Mit X ist klar geworden, was wir theoretisch eigentlich schon lange wissen. Mit ihm ist ein Stück männlichen sexistischen Alltags öffentlich geworden, wie ihn sicherlich nicht wenige Männer leben. Und auch unsere Verhaltensweisen sind Teil des Eisberges sexistischer Verhaltensweisen und patriarchaler Unterdrückungsformen: nicht so sichtbar, eher subtiler und verborgener unter der Oberfläche, ohne gleich (szene)gesellschaftlich geächtet zu werden. Als Männer sind wir im selben patriarchalen Grundwiderspruch verstrickt.

Als solche war diese "Spitze des Eisbergs" der Anlaß uns wieder als Männer zusammenzusetzen und uns über uns und unser eigenes sexistisches Verhalten auseinanderzusetzen, diesen "Vorfall" nicht einfach hinzunehmen und zur Tagesordnung überzugehen. Wir sahen uns der altbekannten Schwierigkeit gegenüber, einerseits eindeutig Position gegenüber dem sexistischen Verhalten eines Mannes beziehen und Kritik formulieren zu wollen, aber andererseits uns selbst mit unserer männlichen Sozialisation, Identität und eigener sexistischer Wahrnehmung, Verhaltensweisen nicht außen vor lassen zu wollen/können. Wir nahmen den "Fall" von X als Anlaß unser Verhältnis als Männer zu Politik und Sexualität näher zu untersuchen.

Autonome Männer in TÜ: Antisexistische Gehversuche

Seit dem Auseinanderfallen des Männerplenums Ende der 80-er Jahre gab es verschwindend wenig öffentlich sichtbare eigenständige Ansätze von Männern sich mit Patriarchat und Sexismus auseinanderzusetzen. Das Männerplenum war auf den Druck von Frauen hin entstanden und existierte knapp zwei Jahre. Die Auseinandersetzungen liefen auf der theoretischen Ebene. Das eigene sexistische Verhalten wurde nur recht zaghaft kritisiert. Auch X war damals schon dabei. Vielleicht lag es an der damals eher repressiven Atmosphäre, daß wir nicht offen über Pornokonsum reden konnten. Aber auch ohne sein sexistisches Verhalten bis dahin offen machen zu müssen, hätte X nach all den Auseinandersetzungen klar sein müssen, daß er mit seinem Pornokonsum zu brechen hatte.

Auch wurde damals die Auseinandersetzung mit unseren männlichen Positionen genau auf dieselbe klassische Art und Weise geführt, wie in vielen anderen Bereichen. Es wurde viel analysiert und debattiert und wir versuchten, möglichst bald möglichst alles richtig zu machen.

Das ersparte uns die Notwendigkeit über uns selbst zu sprechen, über eigene Ängste, Phantasien, sexistische Erlebnisse, nur um nicht vom Idealbild des antipatriarchalen Mannes abzuweichen.

Wir haben damals unterschätzt, daß es noch ganz anderer Ansätze bedarf, um über männliche Gewalt und Herrschaft zu reden, daß wir uns selbst viel mehr zum Subjekt machen müssen.

Einige Schritte in diese Richtung sind unserer Meinung nach schon getan worden, durch unsere Auseinandersetzungen im "eher privaten Bereich" (mit anderen Männern), durch die Kenntnisnahme auch anderer Erkenntnisse zu diesem Thema (Literatur).

...stattdessen wurde viel analysiert und debattiert"

Das ist für uns auch eine mögliche Erklärung, warum auf die Veröffentlichung der ganzen Geschichte mit X von Männern eine eher verhaltene Reaktion erfolgte und nicht wie vielleicht vor einigen Jahren gerade die Männer am lautesten entrüstet waren.

Vielleicht lag es aber auch am Desinteresse von Männern.

Wir selbst wollen versuchen, einen neuen Weg zu finden, und uns untereinander austauschen. In unseren Gesprächen wurde uns ziemlich deutlich, wie oberflächlich und damit un-

wirksam unser politisches Engagement gegen HERRschaft geführt wird, wie wenig wir unsere männliche Identität unter uns thematisieren und uns selbst einbringen.

"Uns selbst mehr miteinbeziehen: vielleicht mit längerem Atem, mehr Gelassenheit und mehr Offenheit"

Wir finden es jedoch einen Schritt in die falsche Richtung, dann endgültig der Schizophrenie den Vorrang zu lassen und zu sagen: "Laßt uns Sexismus öffentlich bekämpfen, was unter der eigenen Bettdecke abgeht, geht niemand etwas an."
Wir wollen eher versuchen, verstärkt wieder mehr uns selbst in diese Auseinandersetzung miteinzubeziehen.
Vielleicht mit längerem Atem, mehr Gelassenheit und mehr Offenheit.

Szene(doppel)moral: Ursache für die Doppelexistenzen von Männern?

Im Verlauf unserer Diskussionen stellten sich uns viele Fragen. Wie kann jemand so leben? Wie können Männer in der ersten Reihe Politik machen und unbemerkt mit so großen Widersprüchen leben? Warum ist es für uns Männer nicht möglich offen über eigene Widersprüche zu reden?
Unsere Diskussionen dazu waren teilweise kontrovers. Die einzelnen Positionen stellen wir im Folgenden als A, B, C und D dar:

A:
A. denkt, daß diese Problematik aus unserem politischen Anspruch entspringt, uns als Männer richtig, d.h. nicht frauenfeindlich, gewalttätig und sexistisch zu verhalten.
Diesem rationalen Anspruch können wir jedoch im praktischen Alltag längst nicht gerecht werden, da wir als Jungs und Männer erzogen wurden und diese männliche Erziehung eine jahrhundertelange, gewalttätige Tradition hat. Diese Sozialisation greift derart weit in unser Bewußtsein, daß diese nicht durch eine rationale politische Analyse ausgelöscht werden kann. Um einem politischen Anspruch gerecht zu werden, liegt es dann aber nahe, bestimmte krasse Widersprüche in diesem Bereich zu vertuschen und nicht offen zu machen, um sich in der politischen Auseinandersetzung keine Blöße zu geben.

"Eine ehrlichere Auseinandersetzung als Weg aus dem Dilemma unerreichbarer Ansprüche"

Gerade im sexuellen Bereich, wo wir Männer - neben einigen Kraftsprüchen - nicht gerade einen regen kommunikativen Austausch betreiben, werden sicherlich viele Widersprüche, Wünsche, Phantasien aus diesen Gründen nicht angesprochen. Die ganze Problematik wird dann eher totgeschwiegen und "Mann" greift in Ermangelung entwickelter Fortschritte auf traditionelle sexuelle Verhaltensweisen der männlichen Spezies zurück. Die Gefahr, hier in einen offenen Konflikt oder in Kritik zu geraten, ist auch deshalb nicht so groß, weil gerade der sexuelle Bereich ein sehr privater ist, und die Sachen, die hier passieren (in einer Beziehung und noch mehr in der allein gelebten Sexualität) sehr leicht bei jeder Diskussion (auch über das Patriarchat) außen vorgehalten werden können.
Für Männer scheint eine längere, ehrlichere Auseinandersetzung der einzige Weg zu sein, aus dem Dilemma von falschen, weil unerreichbaren Ansprüchen auszubrechen. Wir müssen uns bewußt werden, daß wir Veränderungen in unserer männlichen Identität nicht von heute auf morgen erreichen, sondern in einer langfristigen Auseinandersetzung - mit der wir jetzt beginnen müssen.

B:
Der Druck, zumindest einen Teil der männlichen Sexualität ins Dunkel abzudrängen und unter quasi "konspirativen" Bedingungen auszuleben, könnte für B. folgenden wichtigen Hintergrund haben: unter Männern, die sich theoretisch und analytisch mit Männerherrschaft und patriarchalen Unterdrückungsstrukturen auseinandersetzen und dies auch politisch nach außen tragen, existiert eine Doppelmoral und Scheinheiligkeit.
Gegenüber anderen Männern wird ein Bild von scheinbar weit entwickeltem antipatriarchalen Bewußtsein vermittelt, während gleichzeitig an zentralen Punkten alles Andere als nichtsexistische Verhaltens- und Denkweisen herrschen. Das nach außen transportierte Bild und die dadurch direkt oder indirekt formulierten Ansprüche an andere Männer, klaffen somit so weit von der eigenen sexistischen Lebensrealität auseinander, daß ein offener Umgang mit den Widersprüchen, auch den eigenen, unmöglich wird. Eine gemeinsame Auseinandersetzung unter Männern mit dem Ziel der Reflexion eigenen sexistischen Verhaltens, scheitert hier an den selbst aufgebauten Hürden. Durch diese Situation werden Tabus produziert, über die nicht geredet werden kann.

"Männliche Sexualität unter konspirativen Bedingungen"

Sie werden höchstens aufgedeckt.
Auseinandersetzungen über Sexismus unter Männern bleiben als Folge meist auf der Ebene des Wissensaustausch über feministische Patriarchatsanalysen, also rein akademisch.

C:
C. fügt hinzu, daß in Gesprächen und Diskussionen öfters zu hören ist, daß die Ansprüche der linksradikalen Szene zu hoch seien und daß von der Szene ein moralischer Druck ausgeübt würde.
Dieser moralische Druck, die besseren Menschen bzw. nichtsexistischen Männer zu sein, führt dazu, daß Teile der gelebten Realität verheimlicht werden, da sie mit den eigenen bzw. den Szene-Ansprüchen nicht übereinstimmen.
Wenn dem so ist, kann die Konsequenz daraus ja nicht sein, die Ansprüche runterzuschrauben. Vielmehr sollten wir bemüht sein, ein offenes Verhältnis untereinander zu schaffen, das es ermöglicht, eigene Unzulänglichkeiten zu thematisieren.
Diese Auseinandersetzung sollte die formulierten moralischen und politischen Ansprüche zur Orientierung haben.

"Antipatriarchale Ansprüche dürfen nicht runtergeschraubt werden"

D:
Gerade diese moralischen und politischen Ansprüche und was dabei noch mitschwingt, gilt es für D. zu überprüfen. Natürlich macht sich der Widerspruch bei linken Männern in puncto Sexualität hauptsächlich am persönlichen Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit fest. Der Sexismus durchdringt unsere männliche Gefühlswelt, unser Denken und bestimmt unsere Verhaltensweisen. Wenn diese versteckt oder verdrängt werden, kann es auch mit der durch die Szene vermittelten Moral und deren eher repressiven Charakter zusammenhängen.
Als wir Männer uns Mitte/Ende der 80-er Jahre mit den feministischen Analysen und der Patriarchatskritik und damit unserer eigenen gesellschaftlichen Funktion als Männer auseinandersetzen mußten, versuchten wir - wie oben schon beschrieben - rasch irgendwie "gute" Männer zu werden. Wir wußten, wie wir nicht mehr sein durften/wollten, aber wir versäumten es - z.T. waren wir damals nicht in der Lage dazu - ein Bild vom "neuen" Mann zu entwerfen: wie wollen wir Beziehungen zu Frauen leben, wie leben wir Zärtlichkeit und Sexualität "richtig", wie sieht ein positives Mannsein/Männlichkeit aus? ....mit der Negation des bisherigen Mannseins war nicht automatisch eine "Utopie" verbunden.
Stattdessen wurde das Verhalten nach außen den antisexistischen (Mindest)anforderungen der Szene angepaßt. Es blieb die Moral: es kann keine sexistischen Männer mehr geben, weil es keine sexistischen Männer mehr geben darf und die damit mehr oder weniger drohende "Repression" bei Fehlverhalten aus der Szene zu fliegen. Das ganze hatte eher Abschreckungscharakter und hat wohl unter anderem dazu geführt, daß Männer keine eigenständige Position zu diesem Thema weiterentwickelten. Als Männer sollten wir uns von diesem Druck einer repressiven Moral, die die eigenen Widersprüchen eher zudeckelt, befreien und uns als Männer offener begegnen, um so die sexistischen Verhaltensweisen besser thematisieren und abbauen zu können.

Wir leben alle in dem Dilemma uns mit Widersprüchen zurechtzufinden und damit leben zu müssen. Als Männer lassen wir uns in

puncto eigenem Sexismus aber ungern in die Karten schauen und verzichten auch lieber darauf anderen reinzuschauen. Schließlich haut ein Kräh dem anderen kein Auge aus.

"Vielleicht lag es an der damals eher repressiven Atmosphäre, daß wir nicht offen über Pornokonsum reden konnten"

Eine Männerkumpanei darf nicht das Ergebnis sein.

Das Schweigen der Männer - Durchbrechen!

In unseren Diskussionen kamen wir öfters an den Punkt, daß wir als Männer auf der Täterseite stehen und immer von der (Reproduktions)arbeit von Frauen profitieren. Dieses Dilemma scheint unüberbrückbar zu sein. Wir sind mit der erschreckenden Erkenntnis konfrontiert, daß in vielen Bereichen männliches Verhalten von Gewalt geprägt ist. Dies gilt auch für den Bereich der Sexualität. In Beziehungen zu Frauen können wir Sexualität nicht unbeeinflußt von den gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen leben. Uns Männern ist es bislang nicht gelungen Begriffe wie Sexualität, Erotik oder Sinnlichkeit eindeutig positiv zu definieren.

Bei der Beschäftigung mit Pornographie stellten sich uns viele Fragen: Wo verlaufen die Grenzen zwischen Pornographie und erotischer Literatur? Gibt es die überhaupt? Was ist noch p.c. und was nicht? Sind alle Darstellungen per se frauenverachtend und unterdrückerisch? Wie offen können wir darüber sprechen, ob uns Pornographie anspricht?

Davon ausgehend, daß (heterosexuelle) Pornographie die sexistische Rollenzuschreibung und Verfügungsgewalt von Männern über Frauen darstellt und ritualisiert, ist sie ein wesentliches Mittel zur Festigung der Männerherrschaft. Dies gilt sowohl für sogenannte Softpornos, mit denen wahrscheinlich jeder Junge und jeder Mann einmal konfrontiert wurde, als auch für die Hardcorepornos. Die Übergänge von der dargestellten, jederzeit verfügbaren Frau, die nur darauf wartet von einem Mann "genommen" zu werden, zu offensichtlichen Gewaltpornos mit "gespielter" oder tatsächlich durchgeführter körperlicher Gewaltanwendung bis hin zum tatsächlichen Mord sind fließend. So oder so, Pornographie schafft die Verbindung zwischen Sexualität und Gewalt.

Pornographie wird ursprünglich und vorwiegend von Männern für Männer gemacht. Daß dabei alles auf die männliche Sexualität zugeschnitten und von den sexuellen Phantasien von Männern bestimmt ist, liegt auf der Hand.

"Pornographie schafft die Verbindung zwischen Gewalt und Sexualität"

Der Konsument von Pornographie macht sich diese dargestellten Phantasien zu eigen und reproduziert bewußt oder unbewußt diese sexistischen Muster jedesmal auf's neue, wenn er Pornographie benutzt. Er überträgt sie aber auch auf seinen sonstigen "sexuellen Alltag". Der Konsum von Pornographie und Prostitution spitzt somit das bestehende Gewaltverhältnis zwischen Männer und Frauen zu und trägt zu dessen Brutalisierung bei.

Und wie sieht es mit unseren "eigenen" sexuellen Phantasien aus? In unserer Sozialisierung als Mann, die wir als patriarchale Zurichtung ansehen, haben wir sexistische Verhaltensweisen verinnerlicht. Auch wenn uns dies an einzelnen Punkten bewußt wird, ist es ein langer und zäher Prozeß, dies zu überwinden.

Von dieser patriarchalen Zurichtung über die Erziehung, sowie der Darstellung von Frauen in der Werbung, in Filmen, in der Literatur usw. sind auch unsere sexuellen Phantasien bestimmt oder zumindest beeinflußt.

Wir haben darüber diskutiert, ob es einen grundsätzlichen Unterschied macht Pornographie zu konsumieren, oder entsprechende "eigene" sexistische Phantasien zu haben? Oder ist dies nur ein gradueller Unterschied?

"Veränderungen in unserer männlichen Identität gehen nicht von heute auf morgen"

Es kann nicht einfach eine lineare Steigerung aufgezeigt werden wie: eigene sexuelle Phantasien sind noch p.c., Pornographie zu benützen ist zwar Scheiße aber nicht so schlimm wie Telefonsex, usw.

In sexistischen Phantasien in unseren Köpfen kann eine größere Brutalität und Gewalt zum Ausdruck kommen als in vielen Pornos. Daß durch unsere sexistischen Phantasien zumindest nicht die Pornographie-Industrie mit ihrer ganz realen Unterdrückung und Ausbeutung der DarstellerInnen unterstützt wird, ist zwar ein materieller Fakt, bedeutet aber nicht automatisch, daß durch unsere Phantasien keine sexistischen Verhaltensweisen reproduziert würden.

Zwangsläufig stellte sich uns auch die Frage, warum wir als Männer überhaupt von Darstellungen von Frauen mit sexuellem Inhalt so sehr angesprochen werden. Warum sind sie scheinbar so wichtig für uns? Damit wir immer wieder unser männliches Selbstwertgefühl damit aufrichten können?

Die Sozialisation gibt uns das Bild der Heterosexualität als Norm vor, worüber Männlichkeit definiert wird und männliche Selbstbestätigung stattfindet. Diese Normen sind geprägt von Leistungsdenken.

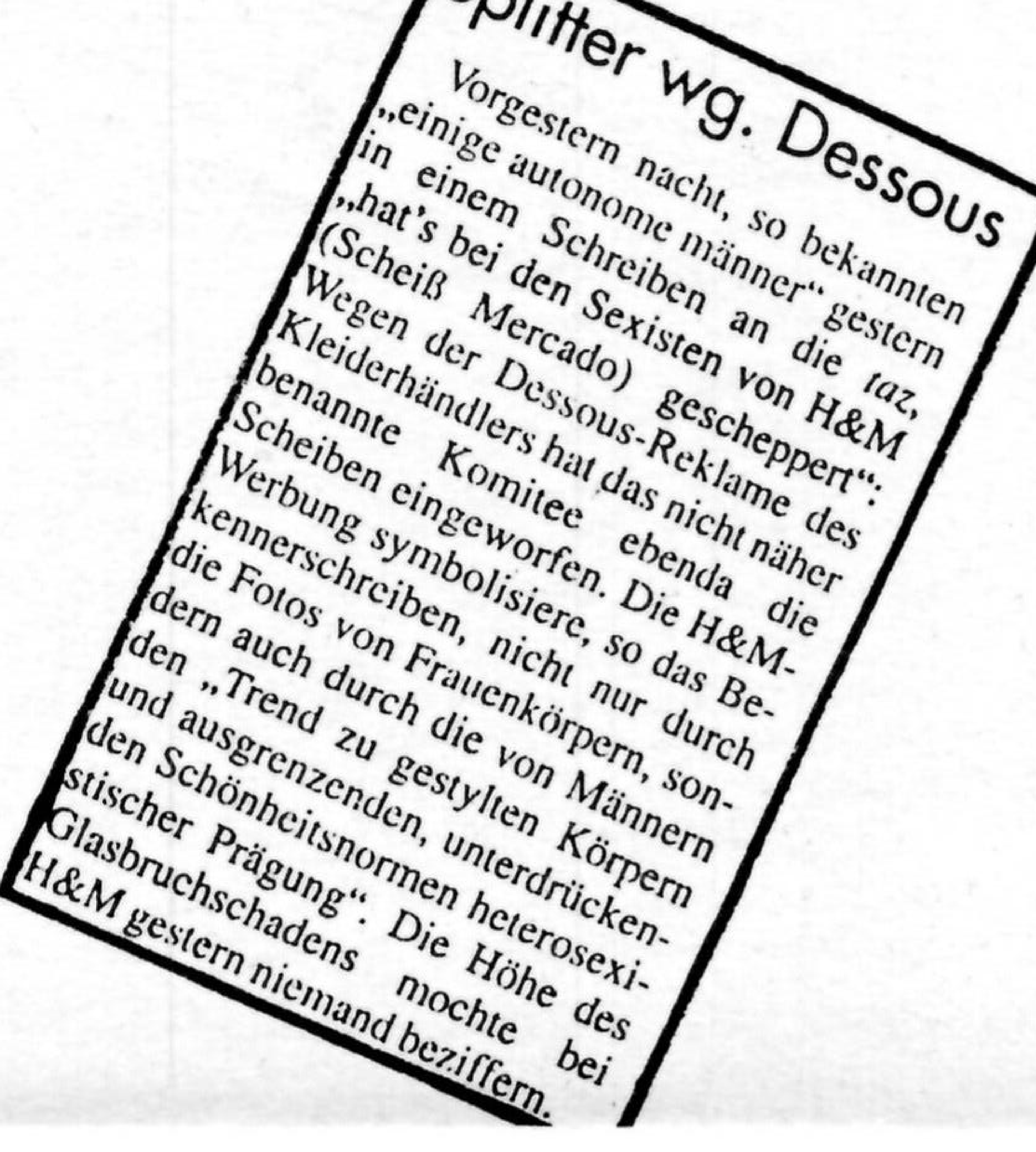
In der Gesellschaft ist Sexualität immer mehr zur Ware geworden. Sexualität ohne Zärtlichkeit, ohne Empfindung von Gefühlen und ohne Wertschätzung der anderen Person bedeutet entfremdete Sexualität.

...und wie ging's uns?

Als Männergruppe sind wir auch immer an unsere eigenen Grenzen gestoßen. Zwar war es gut uns gemeinsam auszutauschen und uns dem Thema Pornographie und unseren Widersprüchen zu stellen. Wir mußten aber immer wieder feststellen, daß männliche Mechanismen unsere Arbeit bestimmen. Wir neigen auch dazu allgemein zu theoretisieren und zu analysieren oder uns manchmal in abgehobenen Gedankenkonstruktionen zu verlieren.

Wie wir uns in die Gruppe einbringen, ist ganz unterschiedlich. Auch wir tun uns schwer uns verletzlich zu machen und uns als Männer mit Widersprüchlichkeiten einzubringen. Oft haben wir unsere Schalen um uns, die eine vertrauensvolle Atmosphäre der Offenheit und Wärme erschweren.

(September 1996)



Splitter wg. Dessous

Vorgestern nacht, so bekannten „einige autonome männer" gestern in einem Schreiben an die *taz*, „hat's bei den Sexisten von H&M (Scheiß Mercado) gescheppert": Wegen der Dessous-Reklame des Kleiderhändlers hat das nicht näher benannte Komitee ebenda die Scheiben eingeworfen. Die H&M-Werbung symbolisiere, so das Bekennerschreiben, nicht nur durch die Fotos von Frauenkörpern, sondern auch durch die von Männern den „Trend zu gestylten Körpern und ausgrenzenden, unterdrückenden Schönheitsnormen heterosexistischer Prägung". Die Höhe des Glasbruchschadens mochte bei H&M gestern niemand beziffern.

"... national gesinnte Menschen in führende Positionen entsenden"
(Manfred KANTHER, Corpsstudent, 1990)

Rechtsextremer Kongreß in Berlin

Kongreßzentrum Normannenstraße

3. bis 5. Januar 1997

("6. deutscher Studententag" des Coburger Convents (CC) und der Deutschen Sängerschaft)

In Verbindungen organisieren sich konservative bis faschistoide Studierende. Bis auf wenige Ausnahmen werden nur deutsche, männliche Studenten aufgenommen, die ihren Wehrdienst abgeleistet haben. Die Mitgliedschaft in diesem Vereinigungen ist lebenslang. Ehemalige Studierende, sogenannte "Alte Herren" besetzen wichtige Positionen in Wirtschaft, Justiz und Politik.

Prominente Beispiele (völlig unvollständig):
Adenauer, Bosch, Daimler, Diepgen, Geißler, Herrhausen, Kanther, Lummer, Porsche, Rüttgers, Schäuble, Schleyer, Schmidt-Jortzig, Stoiber, Strauß...

Von den Dachverbänden der Korporierten fallen insbesondere die Deutsche Burschenschaft (DB) und der Coburger Convent (CC) durch Verbindungen bis tief ins neofaschistische Spektrum auf. Sie streben eine Revision der Grenzen an, mindestens das Reich von 1937 soll es schon sein (s.u.)...
Rassismus und Sexismus sind fest im Weltbild der überwiegenden Mehrheit von Verbindungsstudenten und Alten Herren verankert. Letztere beeinflussen die Politik der bürgerlichen Regierungen in diese Richtung (*Kanther, Du Gangster...*). Zwischen einzelnen Verbindungen (Burschenschaften, Landsmannschaften oder Corps) und neofaschistischen Organisationen kommt es oftmals zu einer Zusammenarbeit.

Die von den Verbindungen ausgehende Gefährlichkeit ist nicht nur an ihrem unmittelbaren politischen Einfluß zu messen. Aufgrund ihrer Organisationsstruktur kommt ihnen eine große gesellschaftliche Bedeutung zu.
Seit ihrer Entstehung konnten sie sich als Vertreter der herrschenden Klassen im Kaiserreich, der Weimarer Republik und dem NS-Faschismus behaupten. Auch in der BRD gehören die "Alten Herren" zur Elite des bürgerlichen Staates und sitzen in den Führungsetagen von Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft und Kirche. Die mit ihren Positionen verbundene Macht haben sie bis heute zur Stabilisierung der patriarchalen, rassistischen und kapitalistischen Verhältnisse genutzt.

Kurze Geschichte der Korporierten

1871, mit Gründung des "Deutschen Reiches" durch Bismarck, wandten sich die von Anfang an nationalistischen studentischen Verbindungen reaktionären Ideologien zu. Rassismus und Militarismus beherrschten das Verbindungsleben.
1914 kämpften die Korporierten in den vordersten Reihen für "Ehre, Vaterland und Kaiser". Nach dem I. Weltkrieg beteiligten sie sich an den Kämpfen gegen die ArbeiterInnenbewegung in der Republik. In Kiel und im Ruhrgebiet wurden während des rechtsradikalen Kapp- Putsches 1920 im Rahmen der Freikorps "Studentische Bataillone" aufgestellt, die im Straßenkampf auf Seiten der Putschisten gegen die revolutionären ArbeiterInnen vorgingen. 1923 wurden studentische Truppen gegen die ArbeiterInnenregierungen in Sachsen und Thüringen von Marburg aus in Marsch gesetzt. Sie begingen hunderte Morde. Die Täter wurden von "Alten Herren" im Richtergewand freigesprochen. Auch der Hitler- Putsch in München (9.11.1923) fand große Resonanz bei Landsmannschaften und Verbindungen. Bereits Jahre bevor der "Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund" (NSDStB) über relevanten Einfluß an den Hochschulen verfügte, hatten nahezu alle Korporationen einen "Arierparagraphen" in der Satzung.
Ohne die Mithilfe der Korporierten, die Ende der Weimarer Republik ca. 80% der männlichen Studierenden stellten, wäre die Bücherverbrennung (10.5.1933) an vielen Hochschulorten nicht möglich gewesen. Entgegen ihrer heutigen Behauptungen kamen alle Verbindungen der Gleichschaltung durch die Nazis durch freiwillige Selbstauflösung, verbunden mit schwülstigen Ergebenheitsadressen an Adolf Hitler, zuvor. Sie wurden unmittelbar in die vergleichbaren NS-Organisationen, den NSDStB und den NS-Altherrenbund übernommen.

1948 verfügte die US-amerikanische Besatzungsbehörde:" Alle nationalsozialistischen Organisationen an Hochschulen und Universitäten werden aufgelöst und dürfen nicht wieder entstehen. Das Wiederentstehen anderer studentischer Organisationen (besonders Verbindungen, Burschenschaften, Korporationen und ihre Altherrenverbände) mit nationalsozialistischem, reaktionärem und militärähnlichem Charakter ist nicht erlaubt."
Trotz dieser Verfügung begannen sie sich unmittelbar darauf zu reorganisieren. Bereits 1951 waren alle alten Verbindungen und ihre Dachverbände BRD-weit wieder existent. Durch die 68 ´er Bewegung zeitweise in der Defensive, ist insbesondere nach 1989 wieder eine verstärkte Aktivität der Korporierten an den Hochschulen und anderswo zu verzeichnen.

Wo der Coburger Convent steht, sei an zwei Beispielen kurz erläutert:
1990 wurde in Coburg ein Gedenkstein enthüllt, der das "Heimat"-Verständnis dieser Herrschaften deutlich macht: Dort tauchen auch die Wappen so deutscher Gebiete wie Ober- und Niederschlesien, sowie das Banat (SW-Rumänien) und Siebenbürgen (Zentral-Rumänien) auf.
1993 bekundete ein "Conventsbruder" aus Berlin seine Solidarität mit den Mördern von Solingen über die Lautsprecheranlage des Pfingsttreffens. Die zahlreich anwesenden Bullen sahen sich nicht genötigt einzuschreiten.

Infoveranstaltung & Vorbereitungstreffen

wegen möglicher Gegenaktivitäten

19. 12. 1996 18 Uhr

A- Laden Moabit

Rathenower Str. 22

U 9 Birkenstr.

einige linxradikale Studies

Stoppt Nazi-Propaganda im Offenen Kanal!



Am 17.12. soll nach mehrwöchiger Pause wieder eine Sendung von "Radio Germania" im Offenen Kanal über das Berliner Kabelnetz verbreitet werden. "Radio Germania" wird von Nazi-Kadern aus der "Kameradschaft Berlin-Nord Beusselkiez" produziert. Verantwortlicher Redakteur ist MikePenkert. Öffentlich-rechtlich gefördert durch die Landesmedienanstalt, die die Ausstrahlung der Sendungen ausdrücklich nicht untersagt, bietet der Offene Kanal hier Raum für neofaschistische Propaganda. Unter dem Label der "Freien Meinungsäußerung" sind u.a. beliebte Fascho-Bands wie "Störkraft" oder der Nazi-Barde Frank Rennicke mit offen rassistischen und revisionistischen Texten zu hören. Auch die sonstige Propaganda, in der z.B. Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess als "Treues Ideal" bezeichnet wird, kommt nicht zu kurz: Kräftig wird gegen ImmigrantInnen und Linke gehetzt und es wird öffentlich das vorbereitet, was in der Konsequenz zu Pogromen, Morden und Angriffen wie in Rostock, Lübeck oder Mahlow führt!

Wir werden die faschistische Propaganda nicht hinnehmen! Deshalb halten wir unmittelbar vor dem Sendetermin eine Kundgebung vor dem Offenen Kanal ab, um politischen Druck aufzubauen und die Nazis, die um 19 Uhr senden und auch persönlich zur Ausstrahlung erscheinen werden, gebührend zu empfangen!

Keine Nazi-Propaganda im Offenen Kanal oder anderswo!



Kommt zur Kundgebung,
Dienstag, 17.12.96, 18 Uhr
beim Offenen Kanal,
Voltastr. 5,
(U 8, Voltastr.)



...Winterpause...
Das El Locco ist
vom 21.12.- 13.01.
geschlossen !!!



TTTTTTTTermineeeeeeee

Do.12.12. 19.30 Diskussin "Revoluzionäre Politik mit/ohne/gegen PDS?
Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustr.2a

Fr.13.12. 19.00 Infoveranstaltung "Das Gesicht des türk.Staates"
Humboldt-Uni, Hauptgebäude/Raum 2002

20.00 Film "Dialogues with Madwomen" im Größenwahn, Kinzigstr.9

23.00 RecordReleaseParty "Wahre Schule" im Eimer,Rosentaler Str.

Sa.14.12. 11.00 DEMO wg.KOMM-Kündigung in NÜRNBERG, Fest 20.00

22.00 TechnoParty nur für Frauen/Lesben im KOB,Potsdamer STR.157

so.15.12. 19.30 Thilo Bock liest schon wieder im EL Locco, Kreuzbergstr.43

Di.17.12. 18.00 Kundgebung beim Offenen Kanal, Voltastr.5 (siehe S.30)

19.00 Infotreffen "Arbeitsbrigaden nach Cuba" im Laden der
FG Berlin-Cuba, Grimmstr.6

Mi.18.12. 20.00 Film "Kubat-Dreieck" im Größenwahn, Kinzigstr.9

20.00 Video "Daedalus" im El Locco, Kreuzbergstr.43

Do.19.12 18.00 Info- und Vorbereitungstreffen zum coburger Convent(S.29)

Fr.20.12. 21.00 FrauenLesbenVideoKino "Anne Trister" im Größenwahn

GEGENDARSTELLUNG

Auf der Häuser - Demo am 30.11. wurde in einem Redebeitrag der K9 - Vorderhaus folgende Be-
hauptung aufgestellt:
„Wir wissen aus zuverlässiger Quelle, daß der Seitenflügel der K9 bereits zwei Wochen vorher vom
Beauftragten des Bausenats, Hr. Hirsch, von der bevorstehenden Räumung informiert wurde."
Diese Behauptung ist falsch!
Wir wurden zu keinem Zeitpunkt von der Räumung informiert. Wir wußten auch nichts von der bevor-
stehenden Begehung durch die Bauaufsicht, die das Vorderhaus selbst veranlaßt hatte. 14 Tage vor der
Räumung gab es eines von dutzenden Telefonaten zwischen uns und Herrn Harry Hirsch wegen der
Vertragsverhandlungen für das Hinterhaus. Darin sagte Herr Hirsch wörtlich: „Melden sie sich in drei
Wochen nochmal, ich muß erst noch etwas mit dem Vorderhaus klären". Wer darin eine Vorinformati-
on sieht, hat in unseren Augen bestenfalls akute Paranoia.
14 Tage vor der Räumung gab es ein gemeinsames Plenum von SF und VH, auf dem sich beide Seiten
einig waren in der Einschätzung, daß die WBF die VH - Räumung plant. Mehr als dieses kiezweit be-
kannte Geheimnis wußten auch wir nicht. Die spärlichen Informationen, die wir über das Vorderhaus
hatten, haben wir immer weitergegeben.
Wir haben diese Rufmord - Kampagne auf Bildzeitungsniveau satt!! Im August 1992(!) wurde der Sei-
tenflügel vom Vorderhaus und vom Friedelhainer B-Rat dazu verpflichtet, sich nie wieder in die Be-
lange des Vorderhauses einzumischen. Daran haben wir uns vier Jahre lang gehalten. Wir sind daher an
dieser Räumung genauso sehr schuld, wie jedes andere besetzte Haus, das hier jahrelang sein eigenes
Süppchen kochte.
In diesem Sinne: Lernt zielen, Leute!!!



SF/HH K9

Wir laden ein zum Solidaritätsrave für ein FrauenLesben Zentrum in Istambul

RADIKAL RAVE FEMALE meets KOB

Sa 14.12.96 ab 22.00
KOB, Potsdamer Str. 157

DJanes KatNat (techno, hardtrance)

Ladies only

WELCHE ZIEHT UNSERE INGEBORG AM NETTESTEN AN?

FEMALE TECHNO PARTY